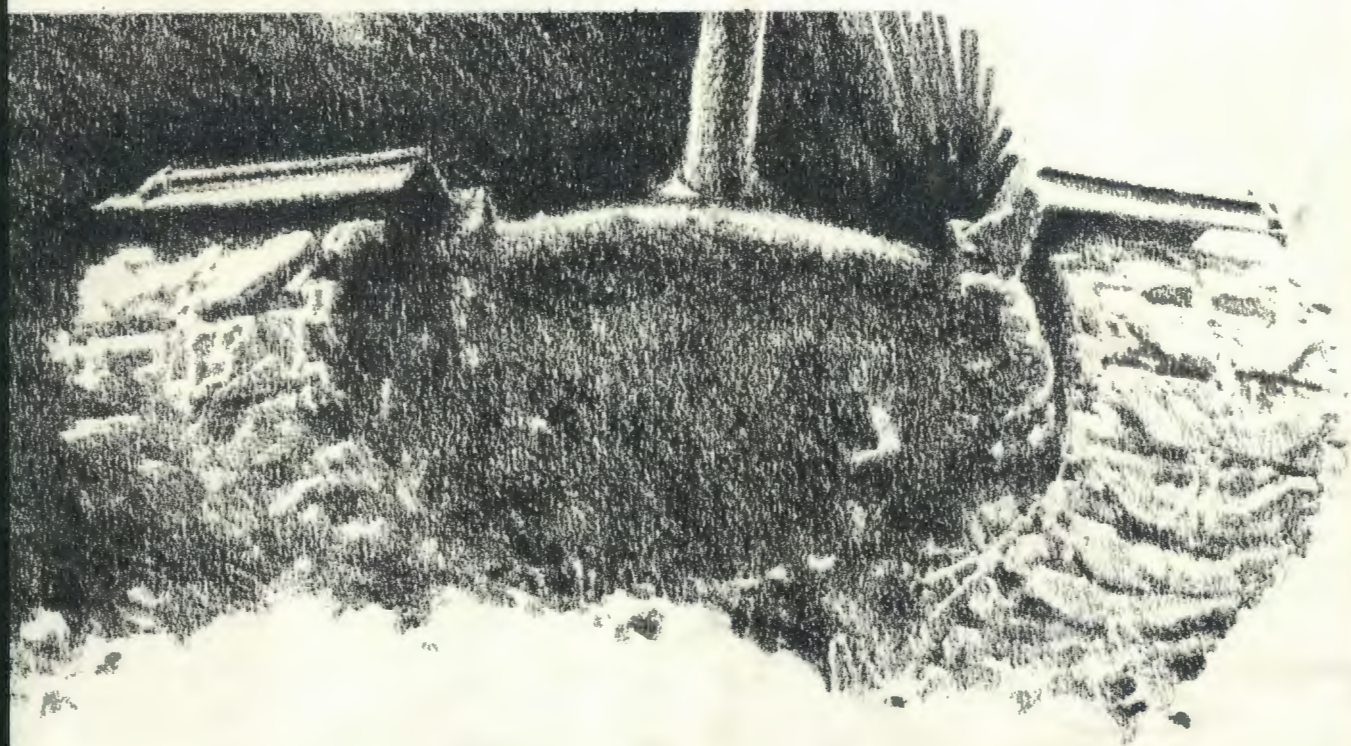
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1/79

Militarismus und Dritte Welt



Tomorrow we'll be there.
We've always been there.

HAMBURG 10. Jg.

2.50 DM

INHALT EPK 1/79

Der Rüstungswettlauf in und um die Dritte Welt 3
Zur Ideologie der nationalen Sicherheit in Lateinamerika . 6
Kriege in Zahlen 8
Vereinte Nationen und Abrüstung. 9
BRD-Rüstungsexperte in die Dritte Welt 11
Arbeitsplätze durch Rüstung? 16
Auf dem Weg zu einer IG-Rüstung?. 18
Friedlicher Export von Atomkraft?. 19
Die schleichende Militarisierung 21
Abrüstungsinitiativen 23
Dann gibt es nur eins!. 27
Anti-militaristische und pazifistische Organisationen in der BRD. 28
Literatur 29
Teezeit 30

EDITORIAL

Militarismus und Dritte Welt – ein brennendes Thema angesichts der Tatsache, daß die zweite Entwicklungsdekade offensichtlich zu einer Rüstungsdekade geworden ist. Trotz des gern zitierten Arguments, daß es ja die Entwicklungsländer selbst seien (sprich: die Herrschenden dort), die die Militarisierung vorantreiben, da für sie militärische Stärke als unverzichtbares Element echter Unabhängigkeit gilt, darf doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß wesentliche Impulse für die Rüstungsdynamik von den Industrieländern ausgehen: benötigen doch speziell die Rüstungsindustrien der westlichen Industrieländer nach dem Ende des Vietnam-Krieges dringend neue Absatzmärkte, wozu sich die Entwicklungsländer mit ihren vielfältigen Konflikten und Krisenherden geradezu „anbieten".

Eben diese enge Verbindung zwischen der Militarisierung in der Dritten Welt und der Bedeutung der Rüstungsindustrien für die Wirtschaftslage der Industrieländer – und das heißt schließlich: für *uns* hier und jetzt – macht die Behandlung dieses Themas so heikel und so unbequem. Ganz abgesehen von der Hilflosigkeit, die einen überfällt, wenn man sich fragt, was dieser unheilvollen Allianz der Militarisierungsinteressen in Industrie- und Entwicklungsländern und der bedrohlich anwachsenden Rüstungslawine entgegengesetzt werden könnte.

Wir haben versucht, die Problematik in drei Themenschwerpunkten einzufangen:

Den ersten Schwerpunkt bilden die verschiedenen Beiträge zu der Frage, was bedeutet Militarisierung für die Länder der Dritten Welt? Warum wird aufgerüstet, welche quantitative Bedeutung haben die Rüstungsausgaben, inwiefern trägt die Militarisierung zur Entwicklung der Unterentwicklung bei und welche innenpolitischen Konsequenzen resultieren daraus?

Dann wird die Rolle der Rüstungsexporte konkret für die BRD aufgezeigt. Dabei geht es nicht nur um die Fragen der Quantität und Qualität, sondern auch um die damit zusammenhängende politische Diskussion für und wider verstärkte Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt (Arbeitsplatzargumente, Position von Parteien und Gewerkschaften) und darum, wie die Rüstungsindustrie das rüstungspolitische Klima in der Öffentlichkeit zu beeinflussen versucht.

Da wir uns jedoch nicht auf eine resignierte Feststellung von Fakten beschränken wollten, stellen wir im dritten Teil des Heftes schließlich einige nationale und internationale Abrüstungsinitiativen vor. Ihre Erfolgsaussichten und Grenzen werden diskutiert, um zumindest einige Denkanstöße für mögliche Handlungsalternativen und Gegenstrategien zu liefern.

Ihre EPK-Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionskollektiv:

Peter Bosse, Roland Bunke, Jutta Boysen, Friedrich Gärtner, Volker Kasch, Heidi Kähler-Dorst, Bernd J.P. Kähler, Dorothee Kayser, Waldemar Kutte, Frank Kürschner, Ingo Lembke, Gero Maß, Uli Post, Werner Ustorf, Karin Weiße, Wolfram Weiße

Vertrieb und Bestellungen:

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

Erscheinungsweise: Zweimonatlich
Bezugspreis: Jahresabonnement 14,– DM incl. Porto
Einzelheft 2,50 DM, Doppelheft 4,00 DM plus Porto
Konto: ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
Erfried Adam, Postscheckkonto Hamburg 37 83 09–203

Auflage: 2000
Druck: Verlag + Druck

Nachdruck mit Quellenangabe und zwei Belegexemplaren

Aus drucktechnischen Gründen erscheint diese Nummer der EPK mit erheblicher Verzögerung. Wir bitten unsere Abonnenten um Verständnis.

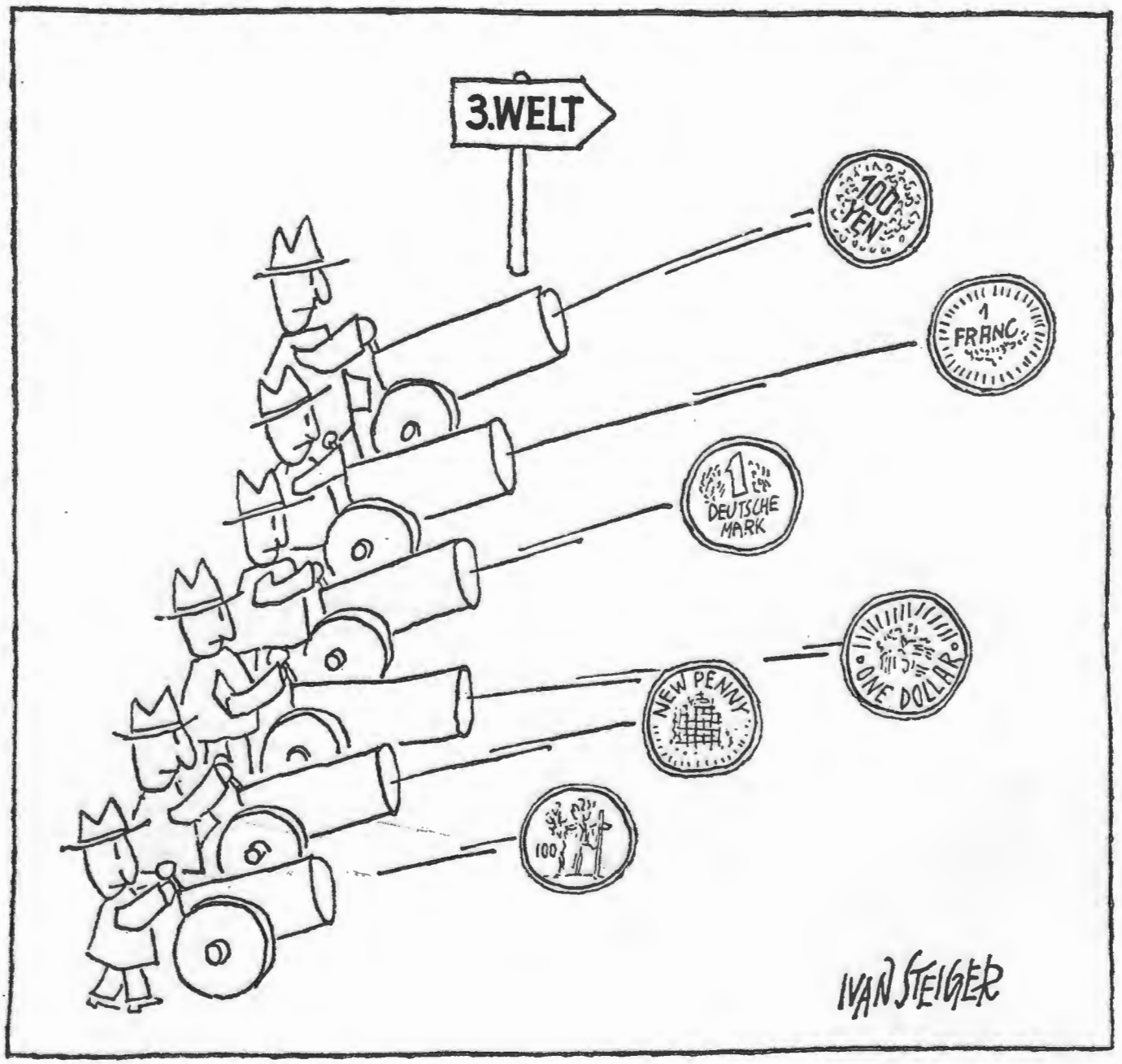
Das Titelbild ist einer Werbeanzeige der Rüstungsindustrie entnommen.

DER RÜSTUNGSWETTLAUF IN UND UM DIE DRITTE WELT

Die Weltrüstungsausgaben erreichten 1976 ca. 350 Mrd. US-$ – dies entspricht dem jährlichen Bruttosozialprodukt (BSP) der 2 Mrd. Menschen, die in dem ärmsten Teil der Welt leben. Mit anderen Worten, die Weltmilitärausgaben übertreffen die BSP's der Länder Süd-Asiens, Südost-Asiens und Afrikas zusammen. In 2 Tagen gibt die Welt für Rüstungsausgaben einen Betrag aus, der dem gesamten Jahreshaushalt der Vereinten Nationan und ihrer Unterorganisationen entspricht. Durch öffentliche Haushalte investieren die Mitglieder der Weltgemeinschaft mehr im Rüstungswettlauf als sie für die Sicherheit gegen Krankheit, Seuchen und Naturkatastrophen aufwenden. Die Rüstungsausgaben der Industrieländer betragen ca. 6 % ihres gesamten BSP; dieser Betrag ist zwanzigmal höher als die Mittel, die sie für offizielle Entwicklungshilfe bereitstellen.

Das wiederholte Versprechen, das Ziel von einem Prozent des BSP für die Entwicklungshilfe zu erreichen, ist fast nie erfüllt worden; eine Tatsache, die insbesondere im Lichte der um ein Vielfaches höheren Militärausgaben um so entlarvender ist.

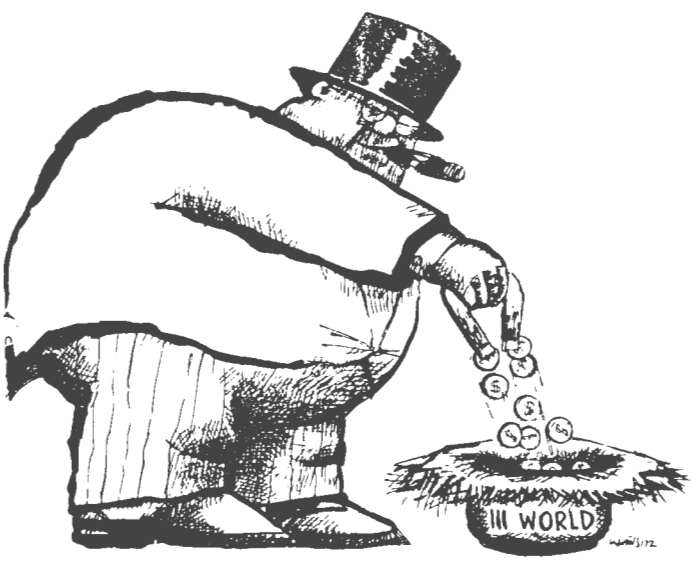
Das Wachstum der Weltmilitärausgaben in Höhe von 233 % im Zeitraum von 1960 - 1976 konzentriert sich zwar mit 178 Mrd. US-$ auf die Industrieländer, während die Entwicklungsländer ihre Rüstungsausgaben absolut um 71 Mrd. US-$ steigerten, vergleicht man jedoch die jeweiligen Wachstumsraten der Rüstungsausgaben so zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Die Steigerungsrate der Entwicklungsländer mit 710 % übertrifft diejenige der Industrieländer mit 184 % um ein Vielfaches. Entsprechend haben sich auch die jeweiligen Anteile an den Weltmili-



tärausgaben verschoben. Betrug der Anteil der Entwicklungsländer 1960 lediglich knapp 10 %, so stieg er bis 1976 auf 22,75 %, während sich der entsprechende Anteil der Industrieländer von ca. 90 % auf 77,25 % reduzierte.

Regionale Verteilung der Rüstungsausgaben

Die Gesamtsumme der Rüstungsausgaben ist jedoch innerhalb der Dritten Welt ungleichmäßig verteilt: während im Nahen Osten 53 % dieser Ausgaben getätigt werden, entfallen auf Lateinamerika nur 11 %, auf Asien 21 % und auf Afrika 8 %. Ein ähnliches Mißverhältnis herrscht hinsichtlich der höchsten Militärausgaben, die in einzelnen Ländern zu verzeichnen waren: 1975 waren dies Iran, Ägypten und Saudi-Arabien (auf sie entfielen zusammen 36 % der Rüstungsausgaben der Dritten Welt), gefolgt von Israel, Indien, Nigeria, Irak, Brasilien, Argentinien, Libyen, Südafrika und Indonesien. All diese Länder zusammen tätigen 70 % der Militärausgaben der Dritten Welt. D.h., daß der Rüstungsbereich die Ungleichheiten innerhalb der Dritten Welt widerspiegelt und verschärft, weil er Ungleichgewichte zwischen einzelnen Ländern und Regionen schafft. Grundsätzlich sind die Rüstungsausgaben der Dritten Welt stärker angestiegen als diejenigen der Industrieländer, von 11 % des Staatshaushalts in den 60er Jahren auf 17 % in den 70er Jahren. Während des Zweijahreszeitraums 1974 - 1975 stieg der Wert der in die Dritte Welt in Form von Waffen transferierten Ressourcen um über 60 % an. 1976 stieg der Wert der Rüstungsexporte in die Entwicklungsländer von 1,5 auf 7,3 Mrd. US-$ mit einer Stiegerungsrate von 387 % (s.o.).



Während der 50er und frühen 60er Jahre wurden riesige Waffenmengen als Geschenke an die Dritte Welt gegeben, um im Austausch ihr volles politisches Bekenntnis der Zugehörigkeit zum westlichen Lager während des Kalten Krieges zu erhalten. Die jährlichen Rüstungsausgaben der Entwicklungsländer betrugen 1975 68,7 Mrd. US-$, mehr als die gesamten Ausgaben für Bildung und Gesundheit in diesen Ländern.

Weltmarktintegration und Rüstungsdynamik

Die Verbindung zwischen der Ausbreitung der Rüstung und der Expansion des internationalen Kapitals in die Peripherieländer scheint fortzubestehen. Das machtvolle militärische Establishment der westlichen industrialisierten Welt mit einem bestehenden Netzwerk militärischer Allianzen garantiert die Voraussetzungen, unter denen Güter und Profite aus den Peripherieländern abgezogen werden können. Die Rolle, die von internationalen Organisationen, der Weltbank eingeschlossen, teilweise in Übereinstimmung mit den Multinationalen Konzernen gespielt wird, scheint den Weg für den Transfer von Ressourcen von der Peripherie in das Zentrum zu bereiten. Die Militarisierung fördert diesen Prozeß auf zwei Wegen:

1. durch den besonderen Charakter des Austausches von Gütern, den Waffenimporte darstellen und
2. durch die repressive Kapazität, die in Rüstungsgütern steckt, die eine Politik der self-reliance und andere autonome Entwicklungsoptionen verhindert.

Der wichtigste Aspekt der Kontrolle und der Weiterentwicklung der Weltmilitärstruktur ist die Dynamik ler Militärforschung und -entwicklung. Etwa die Hälfte der Forschung in den entwickelten Ländern geht in die Entwicklung von Waffen und verwandten Technologien. In absoluten Daten beansprucht die Rüstungsforschung eine halbe Million Wissenschaftler und Techniker in der gesamten Welt, wofür 1976 etwa 40 Mrd. US-$ an öffentlichen Mitteln bereitstanden. Die überwiegende Mehrheit der Personen, die mit Rüstungsforschung und -entwicklung beschäftigt sind, befinden sich in den USA und in der UdSSR. Der Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten dauert uneingeschränkt an.

Rüstung verschärft Abhängigkeit

Die meisten Entwicklungsländer sind gezwungen, nahezu sämtliche Inputs für die industrielle Produktion zu importieren, aber ihre *Importkapazität* wird in zunehmendem Maße von militärischer und rüstungsorientierter Technologie beansprucht. Mit anderen Worten, Rüstung, wie sie heutzutage weiterverbreitet wird, muß als bestimmender Faktor für die Fortsetzung des Ungleichgewichts von Entwicklung und Unterentwicklung im Weltmaßstab angesehen werden. Ebenfalls werden durch gegenwärtige Prozesse der Militarisierung entwicklungspolitische Maßnahmen, die auf self-reliance und eine Befriedigung der Grundbedürfnisse zielen, blockiert.

Militarisierung erhöht auch die sozio-politsche Verletzbarkeit der Dritten Welt in vielfacher Weise. Auf dem *ökonomischen Gebiet* sind viele Länder (insbesondere diejenigen, die kein Öl produzieren) zunehmend abhängig vom Export von mineralischen Rohstoffen, landwirtschaftlichen Produkten und Produkten der abhängigen, verarbeitenden Industrie, um die zunehmend teureren Waffenimporte zu finanzieren. Schließlich tragen Waffenkäufe wesentlich zur *internationalen Schuldenlast* bei, die von den nicht-Öl-produzierenden Dritt-Welt-Ländern getragen werden muß. Dies öffnet ihre Ökonomien der Durchdringung und der Kontrolle durch die Banken der Gläubigerländer und den multinationalen Finanzagenturen wie der Weltbank. Diese Kontrollen führen dazu, die Befriedigung der Grundbedürfnisse auf dem Altar der bestehenden internationalen Ordnung zu opfern. *Politisch* sind viele Zivilregierungen in der Dritten Welt gestürzt und durch Militärregierungen ersetzt worden, mit der Folge regelmäßiger und in einigen Fällen systematischer Verletzungen elementarer Menschenrechte. Auf *militärischem Gebiet* haben Waffenkäufe wesentlich zu regionalen Rüstungswettläufen, bewaffneten Konflikten und wachsender Gewalt bei Konflikten beigetragen.

Militarisierung und internationale Wirtschaftsordnung

Vom Standpunkt des fortschrittlichen weltweiten Wandels aus ist der Kampf um eine Neue Weltwirschaftsordnung (NWWO) vielleicht der bedeutungsvollste unserer Zeit. Die NWWO ist Gegenstand einer Reihe internationaler Konferenzen gewesen, in denen die rohstoffproduzierenden Länder einigen Erfolg mit der gemeinsam formulierten Forderungen gegenüber den Industrieländern hatten. Die Frage dieser neuen Wirtschaftsordnung hat das Interesse von vielen Regierungs- und Nichtregierungsstellen und Gruppen erregt. Aber bis zu diesem Stadium hat die Debatte fast vollkommen versagt, sich auf eines der Haupthindernisse zu konzentrieren: *militärische Macht.* Die Erfahrung der Geschichte zeigt, daß die meisten Weltwirtschaftsordnungen errichtet und aufrechterhalten worden sind mit Hilfe militärischer Streitkräfte: um die Wirtschaftsordnung zu ändern, muß diese Tatsache somit berücksichtigt werden. In der Dritten Welt scheint fast jeder, der mit militärischer Planung befaßt ist, zu glauben, daß das legitime Recht, ein Land

gegen den Angriff von außen zu verteidigen nur durch Streitkräfte ausgeübt werden kann, die gemäß den Standards, die von den Industrieländern gesetzt werden, organisiert sind.

Aber solange die Entwicklungsländer auf Militärdoktrinen und militärische Technologien vertrauen, die in den Industrieländern entwickelt und über Militärhilfe und -ausbildung übertragen werden, kann von den Entwicklungsländern politische Unabhängigkeit und militärische ‚self-reliance' unmöglich erreicht werden. Der Effekt ist wachsende Unsicherheit und nicht wachsende Sicherheit für die Menschen insgesamt.

Die Militarisierung der Dritten Welt ist auf lange Sicht unvereinbar mit der Förderung partizipatorischer Demokratie im politischen Leben. Sie lenkt ökonomische Ressourcen ab von der Erfüllung elementarer menschlicher Bedürfnisse, materieller und anderer, und vergrößert gleichzeitig die Diskrepanz zwischen armer und reicher Welt. Militarisierung, die nicht auf die Befreiung gerichtet ist, führt dazu, soziale Ungleichheiten zwischen Klassen, ethnischen Gruppen und Rassen fortzusetzen und zu vertiefen.

Weltarbeitsteilung und Rüstungsproduktion

Die wachsende Integration der Entwicklungsländer in eine (militarisierte) Weltwirtschaftsordnung findet ihre Entsprechung in der industrialisierten Welt. Waffenproduzenten und Regierungen haben das Potential entdeckt, das die Militarisierung und Regierungen haben das Potential entdeckt, das die Militarisierung der Dritten Welt bietet, um ihre eigenen Wirtschaften zu stärken. Militärexporte und lizensierte Waffenproduktionen in der Dritten Welt, um Lohnkostenunterschiede auszunutzen sowie weitere Vorteile (keine Arbeitskonflikte, Steuervorteile usw.) sind das am schnellsten wachsende Geschäft der Welt geworden. Während in den 60er Jahren etwa die Hälfte der auf dem Weltmarkt transferierten Waffen zwischen Industrieländern gehandelt worden sind, ist der Anteil in den 70er Jahren auf kaum 15 % gesunken, während die Entwicklungsländer jetzt 85 % des Weltwaffentransfers aufnahmen. Durch die bestehende Wirtschaftskrise und der politischen Bedeutung der Arbeitslosigkeit in den großen waffenexportierenden Ländern, ist die Rolle der Rüstungsproduktion für die Lösung eigener Probleme in den Industrieländern besonders betont worden. Druck, die Kapazitäten der Rüstungsproduktion zu verwenden und die produzierten Waffen in die Dritte Welt zu schicken, verbunden mit der Integration der Rüstungsproduktion der Rüstungsindustrien der Dritten Welt in eine Arbeitsteilung, die darauf gerichet ist, billigere Produktionskosten auszunutzen, wird zu einer wachsenden Militarisierung der Weltwirtschaft führen, es sei denn, daß entgegenwirkende Kräfte sich dieser Entwicklungen entgegenstellen.

Zusammenstellung/Übersetzung aus: The Impact of Militarization on Development and Human Rights, Statement by the Study Group on Militarization of the International Peace Research Association. in: Bulletin of Peace Proposals, Vol. 9, No. 2, 1978.

Tabellen

Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung

	1960	1965	1970	1975	1976	Wachstumsrate 1960 - 1976
IL	110	130	178	258	268	145 %
EL	4,6	7	10	22,6	26	457 %
Welt	35	40	54	82	86	146 %

Quelle: Ruth Leger Sivard, a.a.O.

Militärausgaben / Waffenexporte in Mrd. US-$

	1960		1965		1970		1975		1976		1960-1976 (Wachstumsrate)
Industrieländer (IL)	97	90,65 %	121	87,68 %	174	86,56 %	263	79,22 %	275	77,25 %	184 %
Entwicklungsländer (EL)	10	9,35 %	17	12,32 %	27	13,44 %	69	20,78 %	81	22,75 %	710 %
Welt	107	100,00 %	138	100,00 %	201	100,00 %	332	100,00 %	356	100 %	233 %
Waffenexporte in EL		1,5		1,6		2,9		6,3		7,3	387 %

Quelle: Ruth Leger Sivard, World Military and Social Expenditures, 1978, S. 20

Rüstungsausgaben im Vergleich mit ökonomischen Indikatoren (1975)

	Bevölkerung (1.000)	BSP mill. US-$	BSP/ Kopf	Rüstungsausgaben mill. US-$	Bildung mill. US-$	Gesundheit mill. US-$	Rüstung/ Bildung + Gesundheit
IL	1.017.659	4.910.939	4.825	262.819	275.348	190.955	0,56
EL	3.048.133	1.366.320	448	68.781	47.244	16.494	1,08
Welt	4.065.792	6.277.259	1.544	331.600	322.592	207.440	0,63

ZUR IDEOLOGIE DER NATIONALEN SICHERHEIT IN LATEINAMERIKA

In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden latein-amerikanische Armeen als ineffektive Schönwetter-Armeen mit schlechter Disziplin betrachtet. Zumeist verschwiegen wurde dabei, daß sie gelegentlich auf streikende Arbeiter schossen. Ihre politische Rolle wurde immer dann auffällig, wenn sich der Repräsentant eines Interessenclans („caudillo") der Unterstützung durch die Armee versicherte, um in einem meist unblutigen Putsch die Macht zu übernehmen. Trotz immer ausgedehnterer Phasen militärisch gestützter Diktaturen fuhr man in der universitären Politikwissenschaft fort, diese Erscheinungen als temporäre Abweichung vom Normalfall zu betrachten. Noch die von John F. Kennedy mit großem publizistischem Aufwand propagierte Allianz für den Fortschritt hatte sich die Entwicklung zur parlamentarisch-repräsentativen Regierungsform zum Maßstab gesetzt. Das Scheitern der Allianz im Hinblick auf ihre reformistischen Zielsetzungen wurde spätestens zum Zeitpunkt der militärischen Machtübernahme in Brasilien im Jahre 1964 und der wenig später erfolgenden amerikanischen Intervention in Santo Domingo deutlich.

Je länger die brasilianischen Militärs an der Macht blieben, ohne einen Zeitpunkt der Übergabe der Regierungsgewalt an eine zivile Regierung zu verkünden, wurde manifest, daß der Putsch im Jahre 1964 Ausdruck einer neuen ideologischen Konzeption war, die sich insoweit als tragfähig erwiesen hat, als es dem Militär bis heute gelungen ist, an der Macht zu bleiben. Und obgleich die Machterhaltung mit Anwendung von Repression und hohen sozialen Kosten verbunden war, ist heute die legitimatorische Krise in anderen Ländern der Dritten Welt, z.B. im Iran, weit größer als zu irgendeinem Zeitpunkt nach 1967 in Brasilien.

„Seguranca e desenvolvimento" (Sicherheit und Entwicklung) lautet die ideologische Parole des in Lateinamerika vertretenen Konzepts der „nationalen Sicherheit". Die Voranstellung in diesem Begriffspaar ist keineswegs zufällig, sie beschreibt vielmehr die Unterordnung des Entwicklungsaspektes unter die

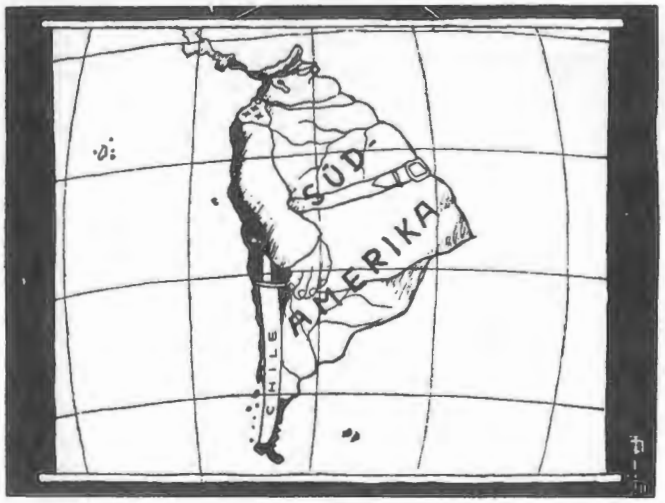
„Sicherheit" des Status Quo. Sicherheit wird begriffen als von innen und außen gleichermaßen bedroht. Abgeleitet aus der inneren Bedrohung wird Sicherheit faktisch zu einem Synonym für die bestehende Klassengesellschaft. Die ideologische Anerkennung eines Entwicklungsanspruches, die sich in der Formel „Sicherheit und Entwicklung" widerspiegelt, ist eine Veränderung gegenüber den hergebrachten Formen oligarchischer Herrschaft in Lateinamerika. Gleichwohl bleibt die konkrete Ausgestaltung dessen, was unter Entwicklung zu verstehen ist, ambivalent. Daher konnten auch die reformbestrebten Militärs in Peru sich diese Devise zu eigen machen, indem sie die Gewichtung umkehrten und verbal verkündeten, daß Entwicklung eine Voraussetzung für Sicherheit sei. Für uniformierte Technokraten der Repression in Argentinien, Chile oder Brasilien hingegen bedeutet Entwicklung lediglich wirtschaftliches Wachstum und volle Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, verbunden mit der Zurückdrängung und Vernichtung traditioneller Sektoren und subsistenzwirtschaftlicher Refugien der verarmten Landbevölkerung Zum vollen Verständnis des Stellenwertes der Ideologie der nationalen Sicherheit als in Lateinamerika herrschender militärischer Doktrin, die sich zunehmend in ähnlicher Form in anderen peripheren Ländern findet, ist es notwendig, nach den historischen Wurzeln dieser Ideologie und den Bedingungen ihrer Durchsetzung zu fragen.

Die neutrale Stellung des Militärs als zentrales Element bürgerlich-liberalen Staatsverständnisses bedeutet den Primat des Politischen, den zivilen Oberbefehl über die Armee. Erst die Umkehrung des politischen Primats über das militärische im Ersten Weltkrieg, vollzogen in der Ludendorffschen Kriegskonzeption, und die Eskalation des Zweiten Weltkrieges zu einem „totalen Krieg" leitet in die Phase des Kalten Krieges über, die zum Ausgangspunkt für die Entwicklung und Modernisierung von Militärapparaten in der Peripherie wurde. Die ideologische Figur des Kalten Krieges war totaler Krieg, jedoch ohne Gefecht als Dauerzustand.

Entscheidend für die Expansion der vom Militär beanspruchten Herrschafts- und Kontrollfunktionen in der Gesellschaft war die Erweiterung des Feindbildes auf innergesellschaftliche Bereiche. Die allgemeine Unterstellung der vehement antikommunistischen Ideologie des Kalten Krieges, daß der Feind innen und außen stehe und daher auch innergesellschaftlich zu bekämpfen sei, legitimiert eine Tendenz zur vollständigen Dominanz des Militärischen über das Politische. Die hier beschriebene ideologisch bedingte Erweiterung der militärischen Doktrin auf die Totalität der Gesellschaft erhebt militärische Strategie zu einem gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Steuerungs- und Interventionsanspruch.

In dieser Epoche begannen die USA ein weltumspannendes System militärischer Pakte und bilateraler Militärhilfeabkommen aufzubauen. Die damals begonnenen umfangreichen Rüstungslieferungen und militärischen Ausbildungsmaßnahmen für Armeen in peripheren Ländern waren in ihrer Zielsetzung Teil der antikommunistischen Strategie. Zehntausende militärischer Führungskader wurden vor Ort in der Panama-Kanal-Zone oder direkt in den USA ausgebildet. Mit Rüstungslieferung und Ausbildung war eine weitgehende Assimilation der amerikanischen Doktrin bei den Armeen peripherer Länder verbunden. Mit Beginn der sechziger Jahre wurde der Export militärischer Doktrin durch die USA systematisch um eine entwicklungspolitische Komponente erweitert. Die Armeen sollten dieser Konzeption zufolge vor allem im Infrastrukturbe-

reich die wirtschaftliche Entwicklung der peripheren Länder unterstützen. Die Vergabe von Militärhilfe wurde an die Übernahme dieser neuen Doktrin geknüpft und konnte sich so als ‚acción cívica' für einige Jahre in ganz Lateinamerika ausbreiten. Das Scheitern der Allianz für den Fortschritt, das Ausbleiben von Entwicklungsprozessen auf breiter Basis, verschärfte die sozialen Gegensätze in allen lateinamerikanischen Ländern. Ohne Stützung durch militärische Gewalt waren die bestehenden sozialen Strukturen nicht länger haltbar. In diesem Prozeß verschärfter Klassenauseinandersetzung setzten die herrschenden Schichten immer stärker auf einen modernisierten, hochtechnisierten und zunehmend mit wissenschaftlichen Methoden arbeitenden Repressionsapparat, der sich aus Polizei und Armee zusammensetzte. In den USA gab es in den sechziger Jahren eigens eine internationale Polizeiakademie, auf der die Führungskader der lateinamerikanischen Repressionsorgane mit Technik und wissenschaftlichen Methoden vertraut gemacht wurden.



Die Übernahme der zunächst in Brasilien unter spezifischen Bedingungen ausformulierten Doktrin der nationalen Sicherheit (Golbery Couto da Silva) in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder hat ihre Entsprechung in der durch die USA vermittelten Militärdoktrin, die zunächst nicht den Verhältnissen in den Ländern Lateinamerikas entsprach. Mit der Verschärfung der Widersprüche jedoch wurde es für die herrschenden Schichten immer schwieriger, ihre Position durch Taktieren und politische Kompromisse zu wahren. Sie begannen eindeutig für eine technische Lösung des Sicherheitsproblems zu optieren, das für sie faktisch ein status quo-Problem ist. Ein auf technische Perfektion gerichteter Aufbau von Repressionsapparaten setzte in der Folge ein und entwickelte eine Eigendynamik, die sich von den Möglichkeiten des politischen Kompromisses, und damit auch des unblutigen Wandels, immer weiter entfernt.

Solange dem Nationalstaat selbst bei den verarmten und marginalisierten Massen noch ein hoher legitimatorischer Wert zukommt, werden die Herrschenden in der Dritten Welt auf die Ideologie der nationalen Sicherheit zurückgreifen, um ihre Position zu sichern. Die ideologische Wurzel dieser Doktrin im totalitären Antikommunismus erklärt, weshalb sich mit dem Hinweis auf Gefährdung der nationalen Sicherheit durch den inneren Feind willkürliche Herrschaft scheinbar legitimieren läßt.

Lesehinweis:

Assmann, Hugo (Hg.): Carter y la lógica del Imperialismo, Tomo I und II, Costa Rica 1978
Comblin, Joseph: Le Pouvoir Militaire en Amérique Latine, Paris 1977
Klare, Michael T.: Supplying Repression: U.S. Support for Authoritarian Regimes Abroad, Washington 1977
Schooyans, Michel: demin, le brésil? , Paris 1977
Wolpin, Miles D.: Military Aid and Counterrevolution in the Third World, Lexington 1972

KRIEGE IN ZAHLEN

In seinem Aufsatz ‚Wars of Ten Years' (1967–1976) definiert Istvan Kende Krieg als bewaffneten Konflikt, auf den folgende Merkmale zutreffen:

1. Aktivitäten von regulären, bewaffneten Streitkräften eines Staates (Polizei, Armee);
2. ein gewisser Grad der Organisation des Kampfes auf beiden Seiten und
3. eine gewisse Kontinuität der bewaffneten Zusammenstöße.

Im 32-Jahreszeitraum von 1945–1976 fallen insgesamt 120 bewaffnete Konflikte unter diese Kriegsdefinition. Diese 120 Kriege wurden auf den Gebieten von 71 Ländern ausgetragen und insgesamt waren 84 Staaten an ihnen beteiligt. Betrachtet man nur den 10-Jahreszeitraum von 1967–1976, so müssen 49 Kriege auf den Gebieten von 46 Ländern registriert werden. Ein Vergleich des Verhältnisses von Anzahl der Kriege und daran beteiligten Staaten 84/120 = 0,70 (1945–76) und 49/46 = 1,07 (1967–76) zeigt, daß verhältnismäßig mehr Staaten in den letzten 10 Jahren in Kriege verwickelt waren als in der Gesamtperiode von 1945–1976. Gleichzeitig wurden diese Kriege auf den Territorien von einer geringeren Anzahl von Ländern ausgetragen.

Die Gesamtdauer der seit 1945 stattgefundenen Kriege addiert sich zu ca. 369 Jahren. Davon entfielen 153 Kriegsjahre auf die letzten 10 Jahre, d.h., daß 41 % der Gesamtdauer der Kriege (369 Jahre) auf 31 % des Zeitraums (1945–76) entfiel. Die Durchschnittsdauer der Krieg stieg somit von 2 Jahren und 8 Monaten für die ersten 25 Jahre auf 3 Jahre und 1 Monat für die gesamten 32 Jahre.

An jedem dieser 32 Jahre wurde durchschnittlich auf 11,5 Kriegsschauplätzen gekämpft. Zwar stieg die Intensität in den letzten 10 Jahren auf 15,3 Kriege pro Tag, dennoch zeichnet sich seit Ende der 60ger Jahre eine sinkende Tendenz der Kriegshäufigkeit ab.

Dieser sinkende Kriegstrend ist das wesentliche Charakteristikum der letzten 10 Jahre. Eine Ursache dieses Trends ist in dem Ende der Befreiungskriege der Dritten Welt gegen die Kolonialmächte zu sehen. Die Weltkarte ist heutzutage fast ausschließlich mit unabhängigen Nationalstaaten bedeckt. Als Konsequenz daraus folgt, daß in zunehmendem Maße die Ursachen von internen Kriegen in Sozial- und Klassenkonflikten sowie Anti-Regime-Kriegen liegen.

Die Erreichung nationaler Unabhängigkeit und die Umwandlung von bestimmten Regionen in Nationalstaaten führt somit zur Verstärkung von internen Machtkonflikten, die nicht nur zum Ausbruch von Anti-Regime-Kriegen mit politischem Charakter führen, sondern die auch zur Verstärkung interner Stammes-Minoritäten- und Religionskonflikten beitragen, die wiederum leicht in bewaffnete Kämpfe ausbrechen können.

Kriegstypen

1. Interne Anti-Regime-Kriege
   – Sie werden innerhalb eines Landes gegen die herrschende Regierung ausgetragen. (z.B. Rhodesien/Zimbabwe, Oman, Nicaragua)
1. Interne Kriege
   – Hier kämpfen bestimmte Gruppen (ethnisch, religiöse Minoritäten, etc.) für die Abtrennung von Gebieten oder einen gewissen Grad an Autonomie. (z.B. Äthiopien-Eritrea, Philippinen-Mindanao, Zaire-Shaba, Nord-Irland)
3. Grenzkriege
   – Zwei oder mehrere Länder kämpfen grenzüberschreitend um territoriale oder andere Ziele (z.B. Nahost-Kriege, Uganda-Tanzania, Äthiopien-Somalia, Vietnam-Kambodscha)

Ein zusätzliches Unterscheidungskriterium bildet die Frage, ob die Kriege mit oder ohne ausländische Beteiligung geführt wurden.

Dieser Artikel basiert auf dem Aufsatz von Istvan Kende, Wars of Ten Years (1967–76); Journal of Peace Research, No. 3, Vol. XV, 1978

Bertolt Brecht (1898–1956)

AN MEINE LANDSLEUTE

Ihr, die ihr überlebtet in gestorbenen Städten
Habt doch nun endlich mit euch selbst Erbarmen!
Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen
Als ob die alten nicht gelanget hätten
Ich bitt euch, habet mit euch selbst Erbarmen!

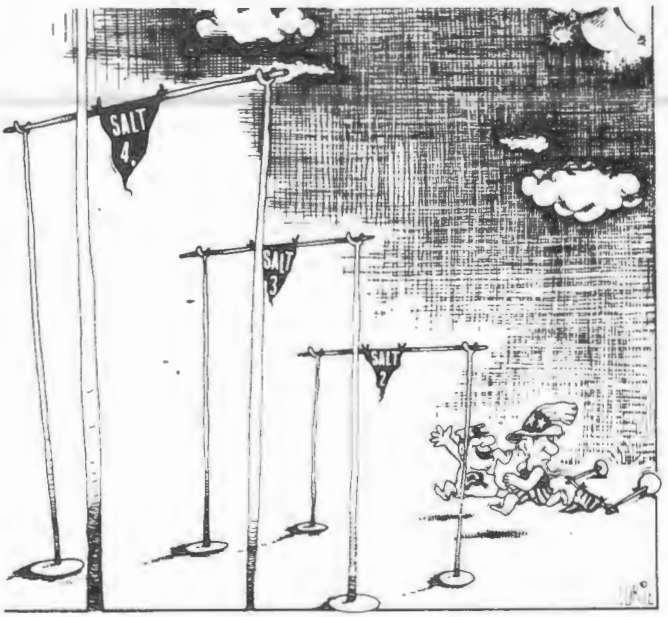
Ihr Männer, greift zur Kelle, nicht zum Messer!
Ihr säßet unter Dachern schließlich jetzt
Hättet ihr auf das Messer nicht gesetzt
Und unter Dächern sitzt es sich doch besser.
Ich bitt euch, greift zur Kelle, nicht zum Messer!

Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen
Müßt ihr um Einsicht eure Eltern bitten.
Sagt laut, ihr wollt nicht in Ruinen wohnen
Und nicht das leiden, was sie selber litten:
Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen!

Ihr Mütter, da es euch anheimgegeben
Den Krieg zu dulden oder nicht zu dulden
Ich bitt euch, lasset eure Kinder leben!
Daß sie euch die Geburt und nicht den Tod dann schulden:
Ihr Mütter, lasset eure Kinder leben!

VEREINTE NATIONEN UND ABRÜSTUNG

Das Beispiel der UNO-Tagung über Abrüstung



„Keine Angst, die anderen sind leichter..."

Die UNO beschäftigt sich schon seit ihrer Gründung mit Fragen der Rüstung, Abrüstung und der internationalen Sicherheit. So haben sich die Generalversammlung und ihre Haupt- und Nebenausschüsse als beratende Gremien von Anfang an mit Abrüstungsfragen beschäftigt und bislang über 200 Resolutionen zu diesem Thema verabschiedet. Der Sicherheitsrat betreibt regionales Konfliktmanagement und internationale Konfliktschlichtung. Das Generalsekretariat befaßt sich u.a. mit organisatorischen Problemen und leistet Forschungs- und Informationsarbeit. Des weiteren kommt das Abrüstungsproblem in einigen UN-Sonderorganisationen zur Sprache (v.a. in der UNESCO), und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) ist das Kontrollorgan des Vertrages über die Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen.

Die Sondertagung der UN-Generalversammlung über Abrüstung, die vom 23. Mai bis 1. Juli 1978 in New York stattfand, ist die letzte UN-Aktivität auf diesem Gebiet. Die Einberufung dieser Sondertagung ging von einer Initiative der nichtpaktgebundenen Staaten auf ihrer V. Gipfelkonferenz 1976 in Colombo aus, die Generalversammlung der UNO schloß sich dieser Initiative an und wählte einen Vorbereitungsausschuß für die Sondertagung.

Auf der Tagung selbst wurde zweifelsohne das Problem der Abrüstung in einer bislang noch nicht dagewesenen Breite diskutiert, doch das umfangreiche Abschlußdokument war demgegenüber äußerst ‚mager'. Das Dokument setzt sich aus 4 Teilen zusammen: Einführung, Deklaration, Aktionsprogramm und Mechanismus. Wie bei allen solchen Dokumenten tritt auch hier wieder der Widerspruch zwischen verbalem Bekenntnis und konkreter Aktion deutlich zu Tage. So betonen die teilnehmenden Staaten zwar die Dringlichkeit des Abrüstungsproblems: „Die Menschheit steht vor der Alternative, entweder dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten und die Abrüstung zu verwirklichen oder ihrer Vernichtung entgegenzugehen", und fordern mit Nachdruck „eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle". Doch letztlich folgen diesen Bekenntnissen keine Aktionen. Es bleibt bei Appellen, kernwaffenfreie Zonen und Friedenszonen zu schaffen, oder der Andeutung, daß es im Interesse der Menschheit „läge", sämtliche Kernwaffenversuche einzustellen. Was bleibt ist die Verpflichtung, neue Beratungsgremien und Verhandlungsgremien im Rahmen der UNO zu schaffen und eine 2. Sondertagung über Abrüstung durchzuführen, damit „die Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit der Charta auf dem Gebiet der Abrüstung eine zentrale Rolle spielen und eine Hauptverantwortung wahrnehmen" können.

Lithographie von Honore Daumier zur Abrüstung, 1868: „Bitte, nach Ihnen!"

Eine Kritik an der Sondertagung hätte aber nicht so sehr die konkreten Beschlüsse zu beurteilen, zumal eine solche Tagung sowieso nur Resolutionen mit empfehlenden Charakter verabschieden kann, sondern hätte sich in erster Linie damit zu befassen, ob die Konferenz ein kritisches Forum gewesen ist, auf dem die Abrüstungsfragen in aller Deutlichkeit diskutiert und analysiert worden sind, oder einige Problemkreise systematisch ‚unter den Teppich gekehrt wurden'.

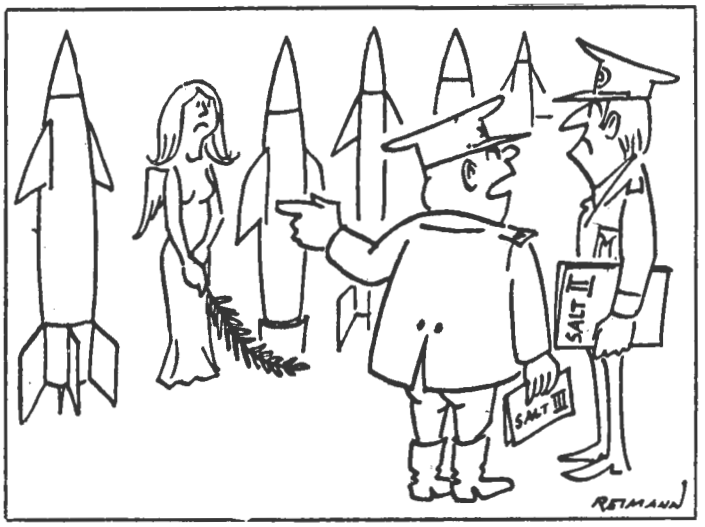
Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich folgende Negativbilanz:

- die objektiven Ursachen des Wettrüstens und die damit zusammenhängenden Fragen des militärisch-industriell-bürokratischen Komplexes wurden nicht behandelt.
- die größte Aufmerksamkeit wurde den Massenvernichtungswaffen gewidmet, danach den biologisch-chemischen Waffen, wohingegen die konventionellen Waffen erstaunlich selten Gegenstand der Konferenz waren. Aber gerade die zunehmende Perfektion und Vernichtungskraft dieser Waffen stellt eine ständig wachsende Gefahr für den Weltfrieden dar. Man bedenke nur, daß es seit dem 2. Weltkrieg über 100 lokale Kriege gegeben hat, die mit konventionellen Waffen ausgetragen wurden.
- Fragen des internationalen Waffenhandels und die dahinter-

stehenden Interessen wurden nur oberflächlich behandelt. So sollten etwa „die großen Waffenliefer- und -empfängerländer Konsultationen über die Begrenzung des internationalen Waffentransfers führen", wie es im Abschlußdokument heißt.

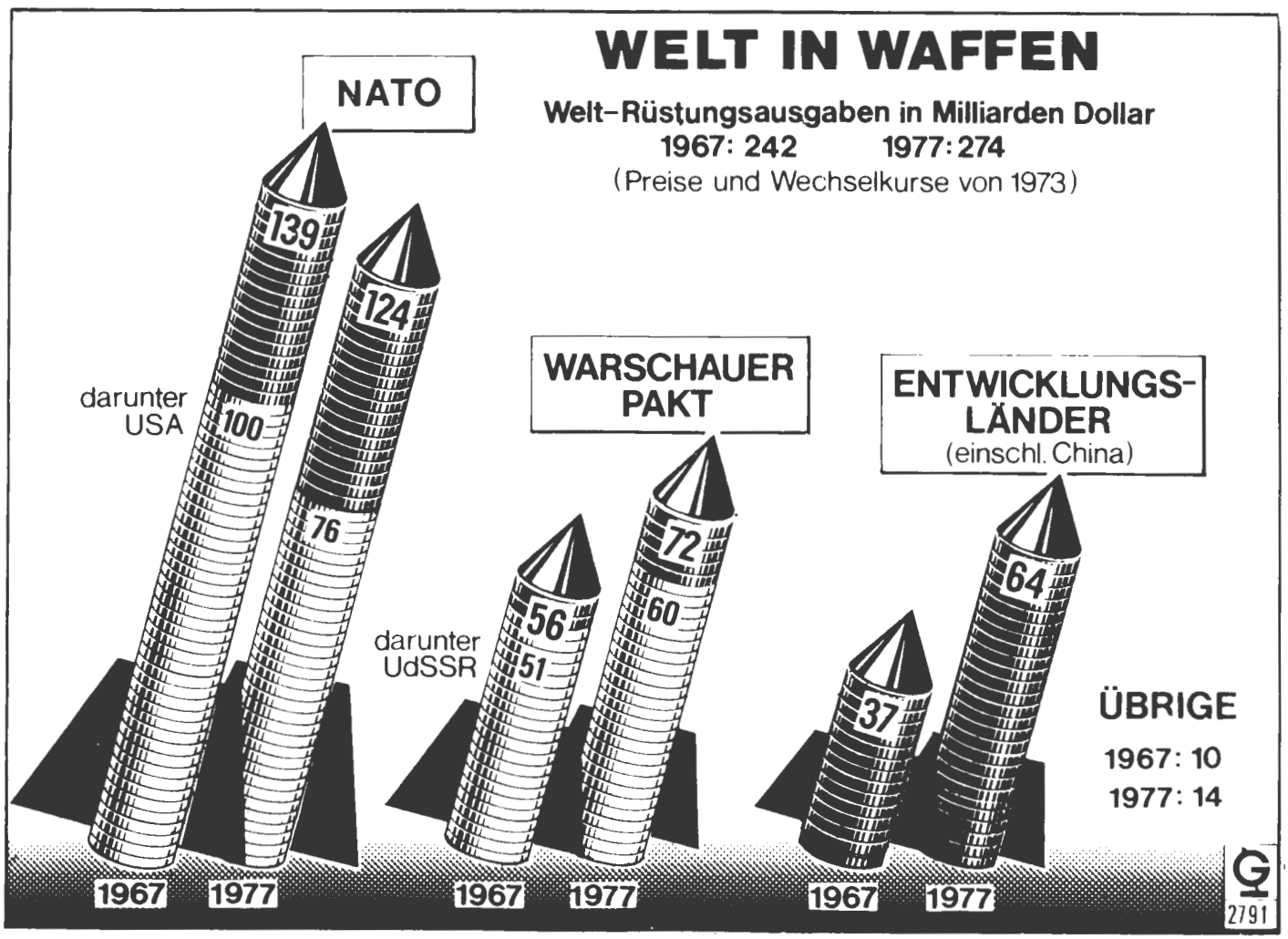
– Der Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung wurde zwar von fast allen Vertretern der Entwicklungsländer angesprochen, jedoch wurde der Prozeß der äußeren und inneren Militarisierung , der gerade in vielen Ländern der Dritten Welt eine enorme Expansion durchgemacht hat, nicht erwähnt.

Wir wollen es hier bei diesen 4 Punkten belassen und noch auf einen positiven Aspekt der Sondertagung eingehen: die Tatsache, daß noch nie soviel Vertreter nicht-staatlicher Organisationen und Institutionen auf einer UNO-Konferenz vertreten waren (insgesamt 25). Positiv ist weiterhin das Versprechen der UNO, für eine wachsende Mobilisierung der internationalen Offentlichkeit in Sachen Abrüstung zu sorgen. Die Aktivierung und Institutionalisierung des Engagements der Öffentlichkeit scheint mir der einzige Weg zu sein, um die Abrüstung voranzutreiben, denn die staatlichen Interessenvertreter sind allerorten zu fest mit der Rüstungsindustrie und den Militärs verflochten, als daß von ihnen nennenswerte Abrüstungsinitiativen zu erwarten sind. Zweifelsohne ist die ‚internationale' Öffentlichkeit heute noch zu schwach, doch es wäre unklug und falsch, die Macht der öffentlichen Meinung zu unterschätzen. Das Problem besteht heute darin, die verschiedenen Teile der öffentlichen Meinung zu einer koordinierten Anstrengung zu mobilisieren. In Anbetracht der Tatsache, daß die Rüstungsdynamik in erster Linie im Innern der einzelnen Staaten vorangetrieben wird, müßte jedwede Abrüstungsstrategie im eigenen Land ansetzen, da jede internationale Aktion nur auf dem Engagement und der Beteiligung der nationalen



„Welche Reichweite?"

Öffentlichkeit aufbauen kann. Internationale wie nationale Kampagnen müssen Hand in Hand gehen, einander unterstützen und ergänzen. In dem Maße, wie die Dinge durch diese Kampagnen durchschaubar gemacht werden und die Rüstung ihre Atmosphäre der Geheimhaltung verliert, kann sie zu einer wirksamen Waffe gegen sämtliche bisher wohlbehüteten und verdunkelten Interessen des Rüstungs-Establishments werden. Die UNO wird daran zu messen sein, inwieweit es ihr gelingt, einen Beitrag zur Mobilisierung und Beteiligung einer kritischen Öffentlichkeit zu leisten. Vielleicht war die Sondertagung hierzu ein Anfang. Gero Maaß



BRD-RÜSTUNGSEXPORTE IN DIE DRITTE WELT

Unternehmen Feuertaufe.

Hier lauert der Feind schon im Manöver. Tagsüber Hitze, eiskalte Nächte. Tückische Sandpisten, knochenhartes Geröll, reißende Flüsse ohne Brücken. Vorwärts, rund um die Uhr. Gute Fahrer, schlechte Fahrer. Permanenter Streß für die Technik.

Nicht jeder kommt durch. Aber eins ist sicher: Die Erfahrung von Profis und die LKW-Technik, made in Europe. Hart genug für jeden Einsatz überall in der Welt. Mit Motoren, die auch die schlimmsten Anforderungstests überstanden haben, weil sie luftgekühlt sind und damit unverwüstlich. Denen weder Hitze noch Kälte zu schaffen machen, weder Wassermangel noch Wasserschock. Motoren, die auch bei tiefsten Temperaturen anspringen. Fahrzeuge, die überall durchkommen dank Längs- und Quersperren und jahrzehntelang bewährten Planetenantrieben, die die größte Kraft genau dort aufbauen, wo sie gebraucht wird – am Rad. Fahrzeuge mit den logistischen Vorteilen eines perfekten Baukastensystems.

Das sind Magirus-Deutz LKW heute. Geplant und gebaut nach modernstem Transport Know How unserer Konstrukteure. In der Fertigungsperfektion der europäischen Großserie. Und nach wie vor mit schwäbischer Gründlichkeit im Detail.

Die Bullen. Von Magirus-Deutz.
Made in Europe – working worldwide.

1. Die Dimension

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf dem besten Wege, Standort einer der effizientesten Rüstungsindustrien der Welt zu werden. Ein Indikator für diese Entwicklung ist der Anteil bundesrepublikanischer Firmen am Weltwaffenhandel. Nach Zahlen der US-amerikanischen Abrüstungsbehörde ACDA (Arms Control and Disarmament Agency) hat die Bundesrepublik Großbritannien als viertgrößten Waffenexporteur zumindest im Jahr 1976 abgelöst. Zwar dominieren nach diesen Angaben die USA und die Sowjetunion als Waffenexporteure eindeutig, doch nehmen die Anteile anderer Staaten, vor allem aus Westeuropa, zu. Im 10-Jahreszeitraum 1967–1976 verzeichnete die Bundesrepublik die höchsten Zuwachsraten im Waffenexport überhaupt, und bundesdeutsche Firmen halten 1976 einen Anteil von fast 5 % am Weltwaffenhandel. (1)

Staatsminister Wischnewski hat im Frühjahr 1978 für 1977 offiziöse Zahlen für den bundesdeutschen Waffenhandel genannt. Danach sollen für 1,925 Mrd. DM Rüstungswaren in alle Welt geliefert worden sein. Im Herbst dieses Jahres nannte Bundesminister Apel die Summe von 1 Mrd. DM für Waffenexporte im engeren Sinne. (2) Eine Schätzung von 2,5 Mrd. DM für die bundesdeutschen Waffenexporte im Jahre 1977 muß auf Grund der Auslassungen in den offiziellen Statistiken eine konservative Schätzung genannt werden. Wird diese Zahl zugrundegelegt, ergibt sich ein Rüstungswarenanteil von 0,9 % am Gesamtexport der Bundesrepublik. (3)

Gemäß Minister Wischnewski gingen 13,9 % der Rüstungsexporte in Nicht-Nato Länder. (4) Das entspräche einer Summe von ca. 270 Mio. DM. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI gibt für die bundesrepublikanischen Exporte in die Dritte Welt einen Wert von ca. 285 Mio. DM an (5). Diese Werte geben allerdings ein verfälschtes Bild der Waffenexporte der BRD in die Dritte Welt wieder. Denn oftmals sind Lieferungen in andere europäische Länder nur Vorlieferungen oder Teillieferungen für dort produzierte Waffen, die später in die Dritte Welt geliefert werden.

2. Rechtliche Regelungen

Der Hauptgrund für diese Verfälschung liegt in der Umgehung der westdeutschen Waffenexportbestimmungen. Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz bedarf die Produktion jeder Art von Kriegswaffen einer Genehmigung. Der Export von Rüstungsgütern ist nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtig. Die Bundesregierung hat ihre Genehmigungspraxis in den „Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 16.6.1971 niedergelegt. Danach sollen in „Spannungsgebiete" keine Rüstungsgüter geliefert werden, in „Nicht-NATO-Länder nur mit Ausnahmegenehmigungen der Bundesregierung. (6)

Die Liste der „ausnahmsweise" genehmigten Rüstungsexporte ist lang und wird immer länger. Die Werften in der Bundesrepublik sind zu wichtigen Ausrüstern der Marinen der Dritten Welt insbesondere bei Schnellbooten und U-Booten geworden. Zwischen 1974 und 1978 wurden 20 U-Boote und 22 Schnellboote in der Bundesrepublik bestellt. (7) Bei U-Boot-Neubauten für Länder der Dritten Welt halten bundesdeutsche Werften (vornehmlich die staatseigenen Howaldtswerke – Deutsche Werft AG) einen Lieferanteil von über 60 %. (8) Nach Fregattenaufträgen aus Argentinien, Nigeria und Iran müssen die Werften in der BRD (hier vornehmlich Blohm und Voss in Hamburg) auch in diesem Bereich als führend auf dem Weltmarkt gelten.

Die Länderliste der Empfänger in der BRD gebauter Kriegsschiffe weist zahlreiche brisante Namen auf. Als Beispiele sei auf die Länder Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Argentinien oder Iran verwiesen. Bei diesen Ländern wäre die Aberkennung der Kennzeichen „Spannungsgebiet" reine Augenwischerei. Die Bundesregierung hat bisher diesen Begriff nach Waffengattungen sehr unterschiedlich ausgelegt. Während Kriegsschiffe fast überallhin verschickt werden durften, sind mehrfach Exportgenehmigungen für Panzer verweigert worden. Der Rüstungsbranchendienst „Wehrdienst" schreibt dazu: „Getaucht läuft der deutsche Rüstungsexport ganz passabel." (9)

Dieser Satz hat aber noch eine andere Bedeutung: Waffenproduzenten in der BRD können erfolgreicher sein, wenn sie untertauchen und die Genehmigungsbehörden in der BRD gar nicht erst behelligen.

Zur Zeit wichtigste Ausweichstrategie ist die Zusammenarbeit mit einem ausländischen Rüstungskonzern, der seinerseits ausschließlich die Vermarktung betreibt. Der Münchner Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Böhm wickelt fast eine halbe Mrd. DM Umsatz mit der deutsch-französischen Firma Euromissile mit Sitz in Paris ab. Euromissile darf dann unter der äußerst wohlwollend genehmigenden französischen Regierung überall in die Welt liefern: Nach Südafrika, in die VR China, an Syrien oder Ägypten. So braucht keine Armee auf Waffen „Made in Germany" zu verzichten, wenn sie bereit ist, auch einige französische Bauteile zu übernehmen.

Besonders im Bereich der Kleinwaffenproduktion verfolgen westdeutsche Rüstungskonzerne eine andere Taktik: Die Lizenzvergabe, oft verbunden mit der Erstellung schlüsselfertiger Fabriken. Experten auf diesem Gebiet sind die schwäbische Firma Heckler und Koch und die bundeseigene Fritz Werner Industrieausrüstungen. Ihre Präzisionstodesmaschinen werden in 18 Ländern gefertigt. Auch Panzer aus deutscher Entwicklung rollen trotz angeblich restriktiver Genehmigungspraxis in Ländern der Dritten Welt. Thyssen Henschel in Kassel hat für die argentinischen Streitkräfte den „TAM" entwickelt und die italienische Rüstungsfirma OTO-Melara bietet den in Lizenz gebauten Stolz der westdeutschen Rüstungsindustrie, den Leopard, unter dem Namen „Lion" aller Welt feil. Libyen soll bereits einige Exemplare erstanden haben.

Offensichtlich hält sich die sozialliberale Bundesregierung immer weniger an ihre eigenen Grundsätze und läßt die Unterwanderung in großem Maßstab zu. Diese Situation läßt daran denken, neue Gesetze zur Verschärfung der Genehmi-

gungspraxis zu fordern. Wichtiger als neue Gesetze ist jedoch starker politischer Druck auf die genehmigenden Instanzen zur Ausfüllung bestehender Bestimmungen. Damit steht es in der Bundesrepublik zur Zeit sehr schlecht. Die CDU fordert im Gleichklang mit der Rüstungsindustrie eine Lockerung der Waffenexportbestimmungen; Staatssekretär Grüner aus dem Bundeswirtschaftsministerium sieht nirgendwo nicht-genehmigte Waffenexportgeschäfte; zahllose FDP-Parteitagsbeschlüsse sind der Mehrheit der SPD-Kabinettsmitglieder nichts wert; die Gewerkschaften kommen nur langsam aus ihrer bisherigen Reserve gegen Einschränkungen des Rüstungsexportes heraus und Basisinitiativen gegen Waffengeschäfte sind (noch) sehr schwach.

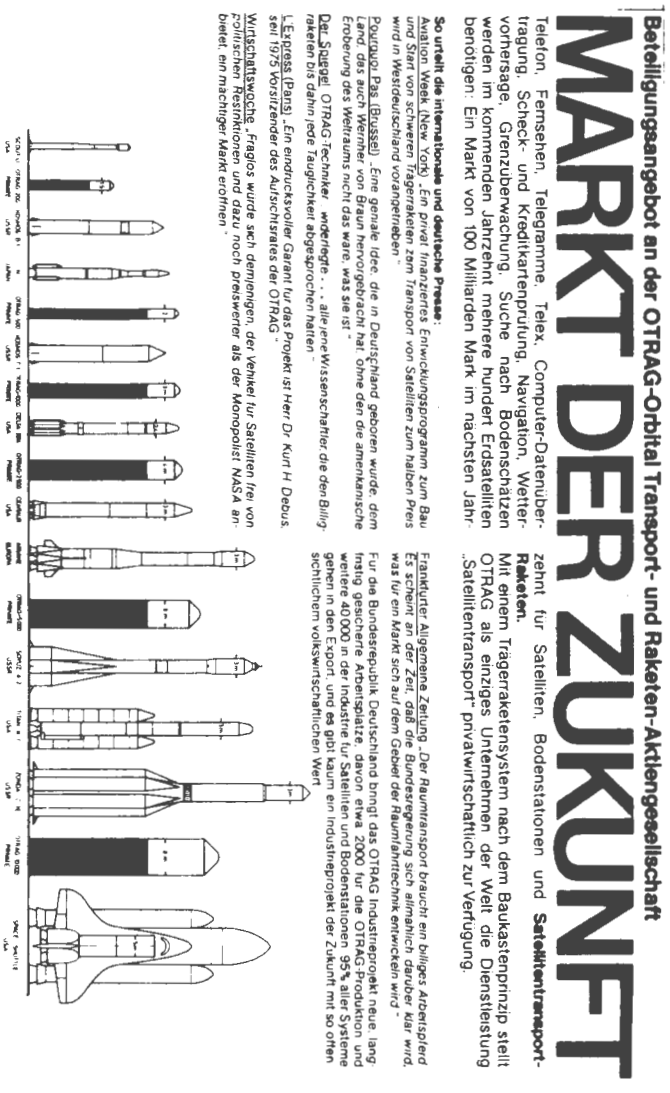
3. Ökonomisches Interesse an Waffenexporten

Der wichtigste Grund für diese ungünstige politische Situation liegt in der wirtschaftlichen Situation der BRD seit vier Jahren. Seit vier Jahren sind Wirtschaft und Staat nicht mehr in der Lage, Vollbeschäftigung zu erhalten, im Gegenteil, die Massenarbeitslosigkeit ist gestiegen. In einer solchen wirtschaftlichen Krise erhält das Argument der Arbeitsplatzsicherung besonderes Gewicht. Während die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien ihre Waffenexporte zum Teil offen mit der Einflußsicherung begründen, stand in der BRD bei der Ausweitung der Waffenexporte stets das Arbeitsplatzargument im Vordergrund. Damit können Waffenexporte in jedes Krisengebiet publizistisch wirksam abgesichert werden, wie das jüngste Fregattengeschäft mit Argentinien nachdrücklich beweist.

In der Öffentlichkeit sind andere Gründe, die für eine Ausweitung der Waffenexporte wichtig sind, weit weniger bekannt. Noch leicht vorstellbar ist das Profitinteresse, das in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Triebfeder jeder privaten wirtschaftlichen Aktivität ist. Die Rüstungskonzerne, die Geschäfte mit der Bundesregierung abwickeln, arbeiten nach dem „Kosten-Plus-Prinzip", erhalten einen am Umsatz orientierten Gewinnaufschlag. Auch dieser Gewinnaufschlag liegt in Relation zum eingesetzten Kapital häufig weit über den in der Gesamtwirtschaft üblichen Profitraten. Doch besonders hohe Profite sind im Export erzielbar. Denn hier gibt es kein „Kosten-Plus-Prinzip", hier sind ausländische Käufer gezwungen, den geforderten Preis zu zahlen.

Der Rüstungsindustrie wird häufig eine besonders innovative Funktion in der Gesamtwirtschaft zugeschrieben. Der Ost-West Konflikt, der zu ständigen waffentechnischen Neuerungen mit steigenden Kosten geführt hat, hat aus den „Waffenschmieden" hochspezialisierte Betriebe der „Spitzentechnologie" werden lassen. Ein Großteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F & E Mittel) geht in der Bundesrepublik in die Rüstungsindustrie, oftmals auf verschlungenen Pfaden. Mindestens 60 % der staatlichen F & E Mittel, die das warenproduzierende Gewerbe erhält, entfallen auf die Luftfahrtindustrie, davon der größere Teil auf militärische Projekte. Etwa 60 % des Umsatzes der bundesdeutschen Luftfahrtindustrie betreffen militärische Güter. Die wichtigsten Exportbranchen der Bundesrepublik (Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Chemie, die rund die Hälfte der Warenausfuhr tätigen) erhalten dagegen nur rund 10 % der staatlichen F & E Mittel, die in die Wirtschaft fließen. Auch im Grundlagenforschungsbereich spielen in der BRD militärische Fragestellungen eine wichtige Rolle. Die Fraunhofer Gesellschaft, eine der großen Forschungsförderungsinstitutionen in der BRD z.B., beschäftigt sich fast ausschließlich mit militärischen Anwendungsmöglichkeiten.

Daher verwundert es nicht, wenn eine Reihe von zivilen Neuentwicklungen Weiterentwicklungen von zunächst militärisch genutzten Produkten oder Verfahren sind. Im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln sind olche technologischen „spill-over" aber recht selten zu finden. Und wenn, handelt es sich oft um zivile Produkte, die ihre militärische Vergangenheit nicht leugnen können und nur mit Einschränkungen zivil nutzbar sind. Beispiele sind das Überschallpassagierflugzeug



OTRAG-Anzeige = Das Geschäft mit Billig-Raketen, erprobt in Zaire

„Concorde", das von Aérospatiale und British Aerosspace, zwei Luftrüstungskonzernen, entwickelt wurde, oder die von Krauss-Maffei und Messerschmidt-Bölkow-Blohm konzipierte Magnetschwebebahn. Kennzeichen militärischer Technologie ist die universale Funktionalität – ein deutscher Panzer soll am Nordpol und in der Sahara funktionieren – und die Integration der neuesten technischen Erkenntnisse. Die britische Wissenschaftlerin Mary Kaldor spricht in diesen Fällen von „barocker" Technologie. Entsprechend kostspielig und wenig konkurrenzfähig sind dann die mit militärischer Technologie entwickelten zivilen Produkte.
Die anteilsmäßig höchsten Kosten entfallen in der Rüstungsproduktion auf die Entwicklung eines Waffensystems. Im Gegensatz zur zivilen Produktion ist die Anzahl der dann fertigzu-

stellenden Endprodukte häufig gering. Der F & E-Anteil pro Stück ist aber um so höher, je weniger Einheiten von einem Waffensystem produziert werden. Dieser Zusammenhang macht den Export von Rüstungsgütern attraktiv: Es können mehr Einheiten eines Waffensystems produziert werden, als die Streitmacht des eigenen Landes benötigt, der Rest geht in den Export. Die eigenen Rüstungsaufwendungen sind geringer geworden, obwohl dasselbe Waffensystem beschafft werden kann.

4. Konsequenzen

Einzelne Rüstungsbetriebe und ganze -branchen in der BRD stehen seit einigen Jahren vor dem Problem nicht ausgelasteter Kapazitäten. Prinzipiell gibt es vier Möglichkeiten für die Lösung dieses Problems:

- Schließung des Betriebes
- Nachfragesteigerung nach Rüstungsgütern aus dem Inland
- Exportsteigerung
- Konversion

In der augenblicklichen Beschäftigungskrise kann die erste Möglichkeit keine realistische Alternative sein. Zur Zeit betreibt die Bundesregierung im Verbund mit der Rüstungsindustrie vor

allem die Varianten zwei und drei. Es soll an Hand von vier sich selbst verstärkenden Verursachungsspiralen kurz dargestellt werden, warum auch dies keine Alternativen sind:

Spirale 1:
Aufrüstung führt in der gegebenen weltpolitischen Situation zur Aufrüstung der Nachbarstaaten. Das gilt sowohl für Europa als auch für die Regionen der Dritten Welt. Das aber bedeutet das Ende der Entspannungspolitik und erhöhte Kriegsgefahr – bei uns direkt, oder, im Falle von Waffenexporten, in der Dritten Welt.

Spirale 2:
Gesteigerte Rüstungsproduktion und auch Aufrechterhaltung von Rüstungsproduktionskapazitäten über die langfristig geplante Nachfrage hinaus führt zu steigender Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion und vor allem von Rüstungsexporten. Denn mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung wird eine ständige Ausweitung der Rüstungsproduktionskapazitäten herbeigeführt, da immer neue Waffen mit neuen Produktionsanlagen entwickelt werden.

Spirale 3:
Länder der Dritten Welt, die Waffen kaufen, können keine anderen Güter mehr kaufen. Insbesondere für den Export der Bundesrepublik, die auf die Ausfuhr von Investitionsgütern spezialisiert ist, wirkt sich diese Marktverstopfung negativ aus. Wenn man auch über den Wert bundesdeutscher Technologie für Länder der Dritten Welt streiten kann, so darf doch nicht die binnenwirtschaftliche Seite dieses Argumentes übersehen werden. Experten haben errechnet, daß bei einer Halbierung der Rüstungsexporte in die Dritte Welt (15 Mrd. DM) in der Bundesrepublik 200.000–300.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden könnten (entsprechend einer Exportsteigerung von 3–5 Mrd. DM). (10)

Spirale 4:
Zunehmend können die Empfänger von Rüstungsgütern diese nicht bezahlen. Die Bundesregierung hilft, wie im Falle der U-Boote nach Argentinien und Indonesien, mit Kreditgarantien aus. Sollten die Länder nicht – etwa durch verstärkte Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts mit allen negativen Folgen für das eigene Volk – zahlungsfähiger werden, muß langfristig der deutsche Steuerzahler diese Transfers bezahlen. Eventuell besteht für einige Länder der Dritten Welt auch die Möglichkeit, über Erhöhung der Preise für die eigenen Exporte die Bezahlung von Rüstungsimporten zu sichern. Auch in diesem Fall zahlt letztendlich der Steuerzahler im Industrieland und, da die Bevölkerung in der Dritten Welt nicht am offensichtlichen Wohlstand beteiligt wird, benötigt die Regierung in zunehmendem Maße Waffen. Einige Ölexportierende Staaten führen uns die Funktion dieser Spirale momentan vor.

Diese vier partiellen Situationsbeschreibungen erhöhter Rüstungsproduktion mit der primären Zielrichtung Waffenexporte sind ursächlich miteinander verknüpft. Genauso, wie jede einzelne „Spirale" sich selbst verstärkende Prozesse mit der Tendenz ständig steigender Rüstungsproduktion und damit Kriegsgefahr (die in der augenblicklichen Situation mit mehr Rüstung beantwortet wird) in Gang setzt, verstärken sich die einzelnen Teilprozesse gegenseitig. Aus ökonomischen, außen- und sicherheitspolitischen Gründen kann daher die Ausweitung der Rüstungsproduktion mit der Zielrichtung Waffenexporte keine Alternative sein.

5. Alternative

Die einzige Möglichkeit, die realistische und vernünftige Politik bedeutet, ist die Konversion vorhandener, langfristig den inländischen Bedarf übersteigender Rüstungsproduktionskapazitäten. Konversion bedeutet in diesem Zusammenhang die Umwandlung militärischer Produktion in zivile.

Obwohl gesamtwirtschaftlich betrachtet eine Konversion leicht scheint (siehe Kasten), bestehen gegen die Konversion eine Reihe von Widerständen. Sie können nur durch gleichzeitige Aktionen auf staatlich-politischer Ebene und einzelbetrieblicher oder regionaler Ebene, von oben und unten überwunden werden.

Die Regierung muß tätig werden, um einen einigermaßen koordinierten Abbau der Rüstungsproduktionskapazitäten zu erreichen. Dies gilt ebenso im Hinblick auf die Ost-West-Konfrontation, um nicht dem Argument unzureichender militärischer Macht gegenüber den Warschauer Vertrag Staaten in der innenpolitischen Auseinandersetzung Tribut zollen zu müssen (wobei der erreichte Stand der Aufrüstung im Westen einseitige Abrüstungsmaßnahmen in erheblichem Umfang

möglich macht) als auch im Hinblick auf die anderen waffenproduzierenden NATO-Staaten, um den immer wieder von Befürwortern einer expansiven bundesdeutschen Waffenexportpolitik vorgebrachten Argument des „wenn wir nicht liefern, tun es die anderen" vorzubeugen.

Als Instrumente einer solchen „kooperativen Rüstungssteuerung" bieten sich international die UNO, in deren Rahmen im Mai 1978 eine Abrüstungskonferenz zumindest erste Anfänge für Rüstungsbeschränkungen aufzeigte, und national ein Abrüstungsamt für die Bundesrepublik an. Ein solches Abrüstungsamt ist inzwischen auch von Teilen der SPD gefordert worden. Eine Aufgabe müßte die Veröffentlichung von genauen Daten über Rüstungsproduktion und -exporte einzelner Firmen sein. Zudem sollten konkrete Umstellungspläne für die Konversion einzelner Rüstungsbetriebe initiiert werden. Häufig wissen die Beschäftigten eines Rüstungsbetriebes sehr wenig über Umfang und Art der Rüstungsproduktion in ihrem Betrieb.

Die Ausarbeitung präziser Umstellungspläne allerdings sollte, wie das Beispiel der Arbeiter des Luftrüstungskonzern „Lucas Aerospace" in England gezeigt hat, Sache der Beschäftigten selber sein. Die englischen Arbeiter hatten angesichts der drohenden Schließung ihres Betriebes wissenschaftliche Institutionen angeschrieben, die ihnen Vorschläge für Konversionsprodukte machen sollten. Als nur drei der angeschriebenen Institute antworteten, setzten sich Arbeiter und Forscher des Betriebes zusammen und entwickelten in ihrer Freizeit eine große Zahl von alternativen Produkten, deren Konstruktionsanweisungen mehrere Bände füllen. Die Lucas-Beschäftigten konzentrierten ihre Anstrengungen auf technologisch neuartige aber nicht zu komplexe Produkte, um nicht wiederum in der Sackgasse „barocker" Technologie zu enden. Ob es ihnen gelungen ist, mit dem Problem der Konversion auf betrieblicher Ebene fertig zu werden, -- die überproportionale Anzahl hochbezahlter Techniker und damit eine im Vergleich mit anderen Betrieben hohe Lohnsumme, die zu erhöhten Kosten der Produktion führt, – durften die Lucas-Arbeiter bisher nicht beweisen: das Management lehnte ihren Plan ab. Bisher konnte trotz großer internationaler Solidarität diese Haltung nicht gebrochen werden.

Die Bundesregierung oder ein beauftragtes Abrüstungsamt sollten bei jeder Vergabe von Rüstungsaufträgen die Erstellung eines Konversionsplanes sichern, der in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Konversionskomitees in den Betrieben zu erstellen ist. (11)

Doch solche aktive Konversionspolitik darf kaum von der gegenwärtigen Bundesregierung erwartet werden. Wie oben gezeigt wurde, ist eher eine Ausweitung der Rüstungsproduktion und der Rüstungsexporte zu befürchten. Dies darf nicht erstaunen, wenn man die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung betrachtet. Da gibt es ein publizistisches Feuerwerk von neuer Nazi-Herrlichkeit mit allem dazugehörigen militaristischen Brimborium, da werden Militärzeitschriften und Rüstungsjournale in Millionenauflage gedruckt. Die Verbindung zwischen Rüstungsindustrie, weiten Teilen der Presse, und der Bundeswehr ist eng. Üblich ist für die Beschreibung dieser Situation der Begriff des militärisch-industriellen Komplexes. Dieter Senghaas hat diesen Begriff wesentlich erweitert und praktisch alle Lebensbereiche einbeziehen wollen. Solange dieser „Sumpf" um das Militärische in der BRD nicht zumindest in einigen Bereichen trockengelegt werden kann, darf kaum damit gerechnet werden, eine der am besten sichtbaren Sumpfblüten, den Waffenexport, im Wachstum beschränken zu können.

Michael Brzoska

Anmerkungen:

(1) ACDA, World Military Expenditures and Arms Transfers 1967–1976, Washington, July 1978
Die Zahlen der US-ACDA, meist vom CIA übernommen, geben ein beschönigtes Bild des weltweiten Handels mit Waffen wieder. Die ACDA schließ einige Formen des Transfers von Rüstungswaren prinzipiell aus. Dazu gehört vor allem militärisches Training und waffentechnische Ausbildung. Daneben gibt es grundsätzliche Probleme der Abgrenzung zwischen militärischen und zivilen Gütern. Ein schnelllaufender Dieselmotor ist Teil einer Rüstungsware, wenn er in ein Schnellboot eingebaut wird, aber ziviles Gut, wenn seine Funktion im Antrieb eines Rettungsbootes liegt. Ein komplettes schlüsselfertiges Werk mit Präzisionswerkzeugmaschinen sieht auf den ersten Blick sehr zivil aus Wenn aber an diesen Drehbänken automatische Gewehre hergestellt werden, handelt es sich um einen Transfer von Rüstungswaren. Die Abgrenzung zwischen zivilen und militärischen Exporten ist auch bei Ersatzteillieferungen problematisch. Erst die endgültige Verwendung erweist, ob dieser Export militärisch relevant war oder nicht. Diese Anmerkungen sollen als Warnung davor dienen, Zahlenangaben im Bereich des Transfers von Rüstungsgütern zu genau zu nehmen.

(2) epd-Entwicklungspolitik, 24/78, S. 3 f

(3) Gesamtwarenexporte der BRD 1977: 273.614 Mio. DM

(4) Arbeitsgruppe Waffenexporte der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn, März 1978, Anlage 33

(5) Stockholm International Peace Research Institute, World Armaments and Disarmaments, SIPRI Yearbook 1978, London 1978

(6) Die Dokumente sind teilweise abgedruckt in: Albrecht/Lock/Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung? rororo-aktuell Nr. 4266, Reinbek 1978, Anhang

(7) Wie Anm. 4, Anlage 30

(8) Wie Anm. 6, S. 155

(9) Wehrdienst 681/1978 vom 6.11.78

(10) Wie Anm. 6, S. 92

(11) Ausführlich beschäftigt sich das Heft 3/1978 der antimilitarismus-information mit der Konversionsproblematik.

Bundesrepublikanische Rüstungsexporte

	in Mio US-$	jährliches Wachstum in %	Anteil am Weltwaffenhandel in %	Anteil am Export der NATO-Staaten in %
1967	58	(-16,2)	1,15	2,25
1968	98	68,9	1,85	2,96
1969	101	3,1	1,73	2,37
1970	189	87,1	3,23	4,96
1971	130	-31,2	2,05	3,18
1972	329	153,0	3,33	5,38
1973	139	-57,8	1,07	1,97
1974	199	43,2	1,76	3,29
1975	393	97,5	3,28	5,73
1976	656	66,9	4,91	8,19
1977	875	33,4	2,00	

Datenbasis: 1967–76: US Arms Control and Disarmament Agency, World Military Expenditures and Arms Transfers 1967–1976, Washington 1978
1977: Arbeitskreis Waffenexport der SPD-Bundestagsfraktion

Wachstum der Rüstungsexporte zwischen 1967 und 1976; jährliche reale Wachstumsraten

	Welt	BRD	Frankreich	GB	USA	SU	China
Gesamter Rüstungsexport	4,79	21,18	19,39	14,72	3,46	1,62	- 9,00
Rüstungsexporte in die Dritte Welt	11,28	16,69	14,61	9,10	14,61	6,91	14,43

ARBEITSPLÄTZE DURCH RÜSTUNG?

Eine strukturpolitische Sackgasse?

In der Studie „Arbeitsplätze durch Rüstung? " (rororo-aktuell Bd. 4266) sprechen sich Wissenschaftler der Universitäten Hamburg und Berlin sowie drei Bundestagsabgeordnete der SPD gegen vermehrte Rüstungsexporte und gegen Rüstungsaufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen aus. Hauptargument der Untersuchung: Langfristig erwachsen wirtschaftspolitische Nachteile, wenn der Arbeitslosgkeit mit einer Steigerung der Rüstungsproduktion begegnet wird. In einzelnen Betrieben können zwar durch zusätzliche Aufträge der Bundeswehr oder durch den Export von Waffen kurzfristig Entlassungen vermieden werden, doch volkswirtschaftlich betrachtet werden damit Strukturschwächen fortgeschrieben. Die Förderung der Rüstungsindustrie ist als Mittel der Konjunktursteuerung oder als beschäftigungspolitisches Konzept nicht geeignet, denn die Beschäftigungseffekte sind von kurzer Dauer.

Amerikanische Studien haben gezeigt, daß die Minderung der Rüstungsproduktion und der Einsatz staatlicher Mittel in gleicher Höhe in anderen Sektoren der Volkswirtschaft höhere Beschäftigungseffekte hätten. Die Angst um den Arbeitsplatz in Rüstungsbetrieben ist volkswirtschaftlich unbegründet, dennoch kann die Umstellung auf zivile Produktion in einzelnen Betrieben zu Schwierigkeiten führen. Konkrete Planungen für die Umstellung der Rüstungsindustrie sind also erforderlich.

Der Einsatz staatlicher Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen sollte daher unter allen Umständen in zivilen Sektoren der Volkswirtschaft erfolgen.

Negative Effekte hat erhöhte Rüstungsproduktion auch deshalb, weil überdurchschnittlich viel qualifizierte Arbeitskräfte (Wissenschaftler, Ingenieure, Facharbeiter) benötigt werden, die anderen Branchen verlorengehen. Die Entwicklung von hochkomplexer Technologie im Rüstungsbereich wird als unverzichtbares Element des technischen Fortschritts propagiert. Die industrielle Konkurrenzfähigkeit Englands und Frankreichs weist derartige Vorstellungen als falsche Hoffnungen aus.

> Rüstungstechnologie ist aufwendig und teuer, überträgt man sie auf zivile Bereiche, so kommen dabei überteuerte, nicht am Bedarf der Wirtschaft orientierte Produkte zustande. Beispiel: „Das britisch-französische Überschallflugzeug Concorde oder Kabinenbahnen" anstelle von umweltfreundlichen Massenverkehrsmitteln.

Daher sollte die technologische Wettbewerbsfähigkeit durch zivile Forschung gesichert werden. Rüstungsforschung führt in eine strukturpolitische Sackgasse. Die Bundesrepublik und Japan konnten sich in den fünfziger und sechziger Jahren auf dem Weltmarkt besonders gut behaupten, weil sie bekanntlich weniger Rüstung produzierten und sich ganz auf den Ausbau einer leistungsfähigen, exportorientierten Industrie konzentrieren konnten.

Rüstung und Investitionen sind in der Tendenz einander ausschließende Verwendungszwecke des verfügbaren Überschusses in jeder Volkswirtschaft. Daher bedeutet jede Rüstungsminderung Chancen für zusätzliche Investitionen, für Ausrüstungsgüter und Maschinen. Gerade in diesen Bereichen verfügt die westdeutsche Industrie über eine eindeutige Sonderstellung auf dem Weltmarkt.

> Jede Rüstungssteigerung oder verpaßte Chance zur Minderung kommt einer Verringerung potentieller Nachfrage nach deutschen Exporten gleich. Dies gilt auch für die osteuropäischen Länder, die im Jahre 1976 für 20 Mrd. DM Waren in der Bundesrepublik gekauft haben – mehr als die USA und Kanada zusammen.

In der norddeutschen Küstenregion hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, wie nachteilig der Versuch ist, mit Hilfe von Rüstungsproduktion bedrohte Unternehmen aus der Krise zu ziehen. Nach beiden Weltkriegen wurden Wirtschaftsräume, die von der Kriegsschiffproduktion geprägt waren, besonders hart von Arbeitslosigkeit getroffen. Man litt nicht nur unter den Folgen des Wegfalls der Rüstungsproduktion samt Zulieferungen, sondern es fehlte auch an einer genügend diversifizierten, rüstungsunabhängigen Industrie. Dennoch wird zur Zeit wieder versucht, Beschäftigungsprobleme durch Kriegsschiffbau in großem Maßstab zu lösen. Ein Auftrag der Bundesmarine zum Bau von sechs Fregatten (Auftragswert über zwei Milliarden DM) und das größte Rüstungsexportgeschäft der deutschen Industrie (61 Kriegsschiffe mit einem Wert von über zehn Milliarden DM für den Iran) sollen der Werftindustrie aus der Krise helfen. Doch das Geschäft mit der Rüstung ist problematisch.

Wir sichern Arbeitsplätze!

Umfangreiche Programme für Heer, Luftwaffe und Marine sind in den vergangenen Jahren beschlossen worden; die Finanzierung all dieser Beschaffungswünsche ist noch nicht gesichert. Berücksichtigt man die horrenden Preissteigerungen für Rüstung – Verdoppelung der Preise sind branchenüblich –, dann werden Anfang der achtziger Jahre die militärischen Wünsche mit anderen sozialen Aufgaben kollidieren und gesellschaftspolitische Reformvorhaben gefährden.

> Beschaffungen für über 60 Milliarden DM sind auch für die im internationalen Vergleich wirtschaftlich starke Bundesrepublik nicht ohne Kürzungen im sozialen Bereich zu verkraften.

Das Risiko, daß deutsche Waffenlieferungen in Spannungsgebiete auch unmittelbar die Märkte für andere Exporte gefährden, wird immer größer. Rüstung, gleich woher sie geliefert wird, verstopft die Märkte für deutsche Exporte. Die deutsche Exportwirtschaft – in keiner großen Industrienation sind ähnlich viele Arbeitsplätze vom Export abhängig – ist immer der Gewinner, wenn weniger für Rüstung ausgegeben wird oder wenn Entwicklungsländer erfolgreich Entwicklung und Industrialisierung vorantreiben.

> Wenn statt der mehr als 35 Milliarden DM Rüstungslieferungen in Entwicklungsländer nur die Hälfte pro Jahr geliefert würde, könnten Entwicklungsinvestitionen von über 15 Milliarden DM getätigt werden – was ungefähr der liefergebundenen Entwicklungshilfe der OECD-Länder entspricht; eine solche Summe in Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern umgesetzt, bedeutete zusätzliche Exporte der Bundesrepublik von drei bis fünf Milliarden DM – wodurch 200–300.000 Arbeitsplätze geschaffen würden.

Daher sind Initiativen für eine alternative Politik erforderlich:

- Erarbeitung von Umstellungsplänen für die Rüstungsindustrie
- Abrüstungsinitiativen bei den MBFR-Verhandlungen in Wien
- Gesetzesänderung in der Frage der Waffenausfuhr
- Regelmäßige Veröffentlichung aller Rüstungsauftragnehmer
- Besondere Publizitätspflicht bei Rüstungsbetrieben
- Verbot jeglicher Werbung für Kriegswaffen
- Schaffung eines unabhängigen Abrüstungsamtes

IFSH-Arbeitsgruppe
Rüstung und Unterentwicklung
Von-Melle-Park 15
2000 Hamburg 13

Der Leopard-Panzer, Lieblingskind der deutschen Rüstungsindustrie – bald auch Export-Schlager in die Dritte Welt?

AUF DEM WEG ZU EINER IG-RÜSTUNG?

Traurige Berühmtheit erlangte die Stellungnahme des „Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen" zu Fragen von Rüstungsproduktion und -exporten vom Oktober 1976.

Wenn wir diesen Brief hier auszugsweise abdrucken, dann um einerseits die Tatsache an sich zu dokumentieren, daß sich außerhalb der IG Metall noch Arbeiter bzw. Betriebsräte aus Rüstungsfirmen zusammengeschlossen haben, andererseits, um sich die Handlungsspielräume gerade der IG Metall-Führung in Fragen der Abrüstung und des Rüstungsexports einmal vor Augen zu führen. Denn die begrenzte Handlungsfähigkeit muß von Initiativen und Gruppen, die sich mit dem Rüstungskomplex beschäftigen, unbedingt berücksichtigt werden.

Der Wiederabdruck der Stellungnahme bedeutet nicht, daß wir sie nicht von der „offiziellen" Meinung der IG Metall trennen. In zahlreichen Beschlüssen wendet sie sich gegen eine weitere Lockerung der Beschränkungen für Rüstungsexporte und fordert gleichzeitig solche Maßnahmen gegen Gefährdungen der Arbeitsplätze in den Rüstungsfirmen, die auf eine Erhöhung des zivilen Fertigungsanteils hinauslaufen.

Daß man in der Bundesrepublik davon noch weit entfernt ist, weiß auch die IG Metall. Ihr Vorsitzender Loderer will daher den „Durck auf die Regierungen verstärken, um zu wirklich konstruktiven Lösungen ... zu kommen" (Metall, Nov. 1978, S. 14).

Ob dies eine erfolgversprechende Strategie sein kann, scheint angesichts der „Arbeitsplätze—um—jeden—Preis-Politik" der Bundesregierung eher zweifelhaft; in keinem Fall kann sie allein ausreichen. Notwendiger und sinnvoller könnte z.B. das verstärkte Hineintragen der Diskussion um Abrüstung etc. in die Arbeiterschaft der Rüstungsunternehmen sein, besonders dann, wenn diese Diskussion bedingungslos von den Gewerkschaften forciert, d.h. keine Rücksicht gegenüber allen schaften forciert, d.h. keine Rücksicht gegenüber *allen* Parteien geübt wird.

Auszüge aus der Stellungnahme:

„III. Genau wie die Soldaten haben auch die Arbeiter und Angestellten dieser Rüstungsindustrie ein Anrecht auf soziale Sicherheit, das heißt auf einen gesicherten Arbeitsplatz. Daraus erwächst dem einzigen Nachfrager Bund auch seine Fürsorgepflicht. Wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff „Nichtspannungsgebiet" nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfte wie in der Vergangenheit.

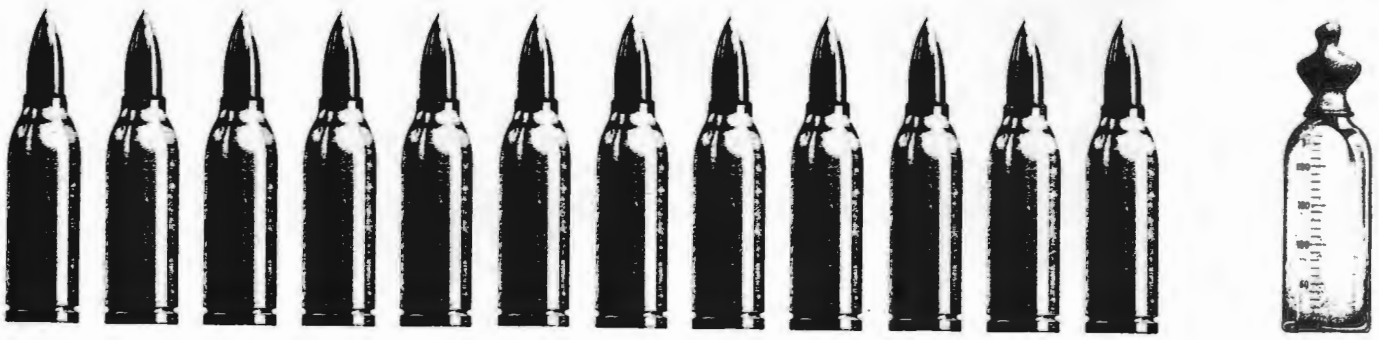
IV. Um die Sicherung der Arbeitsplätze auch praktikabel zu gestalten, wäre es sinnvoll, wenn für sogenannte Füllaufträge aus dem Ausland der Bund die Koordination übernimmt, damit von vorneherein sichergestellt wird, daß mit dem Export kein Mißbrauch getrieben wird.

V. Für den Aufbau der Bundeswehr wurden seinerzeit unbedingt erforderliche Kapazitäten mit Hilfe der Belegschaften der derzeitigen Rüstungsindustrie aufgebaut. Diese Kapazitäten wurden inzwischen — nachdem die Bundeswehr steht — bis an die Grenze der Wirtschaftlichkeit reduziert. Wenn die Kapazitäten noch weiter zurückgeschraubt werden, ist damit die begrenzte, aber für die gesamte Technologie nicht unbedeutende deutsche Rüstungsindustrie praktisch gestorben und die Arbeitsplätze der dort beschäftigten Kollegen sind verloren. Diese Kollegen haben bisher immer ihr Bestes getan und auch zu schwerken Zeiten, als es unpopulär war, in der Rüstungsindustrie zu arbeiten, ihre Pflicht gegenüber dem Staat erfüllt.

VI. ...
Der Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen vertritt die Auffassung, daß der Bund keinen weiteren Kapazitätsabbau zulassen darf; es geht nicht an, daß Unternehmen zur Belieferung der Bundeswehr herangezogen werden, die kurzfristig auf ihrem angestammten Gebiet schlecht ausgelastet sind und Bundeswehraufträge nur als Füllaufträge betrachten."

Unterzeichnet wurde diese Stellungnahme von den Betriebsratvorsitzenden von Blohm + Voss, Rheinstahl AG, Rheinmetall AG, Diehl, MTU-Motoren & Turbinen Union GmbH, IWKA, Wegmann & Co., MaK Maschinenbau GmbH, Krauss-Maffei AG.
Quelle: Militärpolitik Dokumentation 1 (1976)

Uli Post



FRIEDLICHER EXPORT VON ATOMKRAFT?

Daß die deutsche Industrie sehr exportorientiert und exportabhängig ist und daß man heute Produkte „made in Germany" in jedem Land der Erde findet, gilt als Binsenweisheit. Ungeachtet ihrer ideologischen Ausrichtung bezogen und beziehen viele Staaten sogenannte deutsche „Exportschlager" wie z.B. Nähmaschinen, Vws, Mercedes-PKW.

In den letzten Jahren gilt ein weiteres Produkt als ein solcher „Exportschlager", obwohl es bisher nur in wenige Länder geliefert wurde: Atomkraftwerke.

Einziger großer Hersteller von Atomkraftwerken in der BRD ist das Siemens-Tochterunternehmen Kraftwerk-Union (KWU). Um profitabel arbeiten zu können, muß sie pro Jahr mindestens fünf bis sechs Kraftwerke verkaufen; ist das im Inland unmöglich, muß sie im Ausland „Entlastung" suchen. Dabei fallen die Märkte der großen Industrieländer aus, weil entweder der Produktivitätsvorsprung der US-Konzerne (Westinghouse, General Electric) zu groß oder eine eigene – oft stark subventionierte – Atomindustrie vorhanden ist; auch die sozialistischen Länder fallen wegen des Liefermonopols der UdSSR für diesen Markt aus.

Übrig bleiben so nur noch kleinere europäische Staaten und die Entwicklungsländer, wobei unter letzteren nur diejenigen in Frage kommen, die schon einen relativ großen industriellen Sektor besitzten.

Atomkraftwerke wurden bisher exportiert nach Österreich, in die Niederlande, nach Spanien, in die Schweiz, nach Tunesien, Argentinien, Brasilien und in den Iran. Beim Export von nuklearem know-how erzeugte die Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika besondere Aufmerksamkeit.

Es mag nun verwundern, in einem Heft zu Problemen des Militarismus etwas über den Export von Atomkraftwerken aus der Bundesrepublik zu finden. Doch dieser vermeintliche Exportschlager berührt nicht nur in allen Ländern „vitale Fragen" nach der Sicherheit von Atomkraftwerken und sozioökonomische Fragen nach der Qualität des angestrebten Wachstums. Er kann durchaus auch zur Erhöhung von Kriegsgefahr in den belieferten Regionen führen. So stellte der „Spiegel" bereits 1976 fest: „Die atomare Technologie für friedliche Zwecke ist zu 95 % mit dem Herstellungsverfahren für A-Bomben identisch." (Nr. 12/76)

Der Traum von der Bombe

Indien hatte schon 1974 seinen ersten Atomsprengsatz gezündet, der aus Plutonium gebaut war, das beim Betrieb eines „normalen" von Kanada gelieferten Atomkraftwerks gewonnen worden war.

Die Besonderheit dieses Reaktortyps – eines Schwerwasserreaktors – besteht in der Verwendung von Natururan (im Gegensatz zu angereichertem Uran) und eben der möglichen Erzeugung von „waffenfähigem" Plutonium.

Ein solches Atomkraftwerk baute die Kraftwerkunion in Atuch in Argentinien. Dieser erste außereuropäische Auftrag der deutschen AKW-Industrie ging bereits 1967 ein, 1974 konnte Atucha I seinen Betrieb aufnehmen, 1978 wurden bereits Gespäche über Atucha III geführt. Die 1968 von der Unternehmerpresse gefeierte „ungewöhnlich attraktive Finanzierung" entpuppte sich als eine im Rahmen technischer Entwicklungshilfe gezahlte stattliche Millionensumme aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Trotz der Rivalitäten mit Brasilien und Chile mag man nun diesen Export für nicht so problematisch halten, da die Exporte von Atomkraftwerken der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde unterliegen: Das trifft zu, nur – die Behörde hat keine Exekutivgewalt und kann nur nachträglich Verstöße feststellen. Und sie kann nur in Ländern kontrollieren, die dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind.

Argentinien vollzog diesen Schritt bisher ebensowenig wie Brasilien oder die Republik Südafrika. Zwar hat die Bundesregierung „Grundsätze der nuklearen Exportpolitik" verabschiedet, doch die sind rechtlich nicht verbindlich, sondern „eine politisch-moralische Selbstbindung". (Handelsblatt, 9.9.76)

Gebunden fühlt sich die Bundesregierung aber offensichtlich auch nicht bei der Genehmigung zum Export von Atomkraftwerken nach Brasilien. Das „Brasiliengeschäft" (Spiegel) besteht aus der Lieferung einer kompletten Atomindustrie für rund 10 Milliarden Dollar: acht Reaktor-Kraftwerke, eine Urananreicherungs- sowie eine Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage. Zudem sollte das Land genügend Techniker für den künftigen Eigenbau von Reaktoren ausbilden dürfen, um von ausländischer Hilfe unabhängig zu sein. Die ausländische Konkurrenz von KWU hatte sich geweigert, Anreicherungs- oder Wiederaufbereitungsanlage zu liefern. Um das Geschäft zu retten, riskierte die Bundesregierung sogar einen Krach mit den USA um den AKW-Export.

Die nach Brasilien gelieferten Kraftwerke sind Leichtwasserreaktoren, die mit schwach angereichertem Uran als Brennstoff arbeiten. Die zur Herstellung dieses Brennstoffes benötigte Anreicherungsanlage kann jedoch ebensogut „zur Herstellung von noch angereichertem Waffenuran verwendet werden, man muß nur den Anreicherungsvorgang entsprechend oft wiederholen." (KKW-Fibel, S. 36)

In einer Wiederaufbereitungsanlage für ausgebrannte Reaktorstäbe kann das Plutonium in einer Form gewonnen werden, die zur Herstellung von Atomwaffen geeignet ist.

"Schau, dort liegen die entwickelten Gebiete."

Ein weiteres Exportgeschäft vereinbarte die KWU 1976 mit dem Iran. Der Schah hatte seinerzeit zwei Atomkraftwerke (Leichtwasserreaktoren) für 11 Mrd. DM bestellt. Auch die Bundesregierung hatte bei dieser Lieferung offensichtlich kein reines Gewissen; daher hieß es in einer Kabinettsvorlage: „Die Öffentlichkeit sollte vorläufig nicht unterrichtet werden" und es stehe zu befürchten, daß „nicht jede Kritik in der internationalen Öffentlichkeit ausgeschlossen" sei (Spiegel Nr. 12/76).

Wegen der veränderten innenpolitischen Situation im Iran kann ein Vertrag über die Lieferung weiterer zwei AKWs nicht unterzeichnet werden. Die so gefürchtete internationale Kritik kam dann aber wegen der atomaren Zusammenarbeit BRD-Südafrika. Zunächst sollte ein Kraftwerk geliefert werden: die daraufhin lautwerdenden Proteste in- und außerhalb der BRD wies der damalige Forschungsminister Matthöfer zurück: „Grundsätzlich liefern wir an alle. Eine Unterscheidung zwischen Gut und Böse können wir dabei nicht vornehmen". Außerdem sei die Kritik „durch eine kommunistische Verleumdungskampagne" gesteuert worden (Handelsblatt v. 9.10.75). Zur gewünschten Lieferung kam es aber nicht, da die ausländische Konkurrenz das Rennen machte.

Die dennoch entstandene Zusammenarbeit erstreckt sich auf zwei Gebiete: Einmal auf den Export von nuklearem Knowhow, z.B. die Ausbildung südafrikanischer Wissenschaftler in der BRD und zweitens auf den Bau einer Uran-Anreicherungsanlage. Hierbei war ein Verfahren angewendet worden, das von der staatlichen Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe (GfK) und der (staatlich kontrolierten) STEAG AG, Essen entwickelt wurde: das Trenndüsenverfahren. Aufträge zum Bau der Anlage wurden an die Firma MAN-Gute Hoffnungshütte in Sterkrade erteilt.

Eine wichtige Rolle bei diesem dubiosen Geschäft spielt wohl die Tatsache, daß Südafrika einen nicht unbeträchtlichen Teil der Weltvorkommen an Uran besitzt. Bei der Abhängigkeit der BRD von Uranlieferungen aus dem Ausland liegt diese Erklörung jedenfalls nahe.

Nach wie vor dementiert die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit Südafrika und weist auf die „Staaten des Ostblocks" als angebliche Urheber der Vorwürfe hin (FAZ v. 9.11.78). Diese Haltung kann nur als verlogen eingestuft werden; denn die Beweise für die atomare Kooperation, die zuerst der südafrikanischen African National Congress (ANC) vorlegte, werden mittlerweile auch von SPD-Bundestagsabgeordneten bestätigt, die sich in Südafrika selbst aufgehalten haben (so die SPD-MdB Lenelotte v. Bothmer, vgl. FR v. 2.12.78)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Bundesrepublik durch den Export von Atomkraftwerken bzw. Anreicherungsanlagen in überseeische Länder nicht nur die dort herrschenden Diktaturen stabilisieren hilft, nicht nur zweifelhafte Wachstumsvorstellungen exportieren läßt, sondern auch systematisch den Atomwaffensperrvertrag unterläuft.

Die Bundesregierung sieht sich aus Angst vor Arbeitsplatzverlusten außerstande, wirksame Kontrollmechanismen einzuführen. Sie forciert sogar noch den Nuklearexport durch finanzielle Hilfen für die Abnehmerländer, durch Ausfallbürgschaften oder falsche Erklärungen.

Man darf sicher den Handlungsspielraum einer Regierung nicht überschätzen, aber das aktive Eintreten für den Export von Nukleartechnologie macht unglaubwürdig, was die Bundesregierung zu praktizieren vorgibt: Friedenspolitik.

Uli Post

Literatur: KKW-Fibel für Bürgerinitiativen, Hamburg-Westberlin 1977
Anti-Apartheid Bewegung (Hg.), Die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik–Südafrika, Bonn 1977

Die schleichende Militarisierung

Wie in der Bevölkerung rüstungsfreundliches Bewußtsein geweckt wird.

„Warum sollten Kinder nicht mit Kriegsspielzeug spielen? Da können sie ihre Aggressionen loswerden und gleichzeitig mit der Technik umgehen lernen. Damit haben wir früher auch gespielt und es hat uns nicht geschadet." – Aussprüche von Erwachsenen, die sicher keinen Seltenheitswert haben.

Die Tatsache, daß sich im Kinderspielzeug die Realität der Gesellschaft widerspiegelt und die Forderung, Spielzeug solle so beschaffen sein, daß die Kinder im Spiel die Wirklichkeit vorwegnehmen, mit der sie später konfrontiert werden, erhalten im Falle des Kriegsspielzeugs eine zynische Wendung: geht es doch letztlich darum, daß in der Bevölkerung schon möglichst früh das Bewußtsein dafür geschaffen wird, daß Konflikte mit Waffengewalt ausgetragen werden müssen, daß Militarisierung mithin notwendig ist und daß es sich dabei um eine rein technische Angelegenheit handelt. Als Musterbeispiel dafür, welche Einstellungen hier spielerisch eingeübt werden sollen und wie dabei die Problematik von Krieg und Militarisierung verniedlicht wird, seien hier nur einige Auszüge aus der Spielanleitung des 'Gesellschaftsspiels' RISIKO zitiert (siehe Kasten!), die mit unglaublicher Offenheit Aufrüstung und Kolonisierung ganzer Kontinente (von Völkern wird erst gar nicht gesprochen!) als selbstverständliches ideologisches Grundmuster voraussetzt.

Werden solche Einstellungen schon im Spiel erlernt und eingeübt, ist der Weg nicht weit zu einer Gesellschaft, die das ständige Anwachsen der Rüstungsindustrie und des Rüstungsexportes sowie militärische Invasionen unwidersprochen akzeptiert und als notwendig erachtet.

Kriegsspielzeug ist hier freilich nur ein Faktor unter den vielen, die auf eine Militarisierung des Bewußtseins in der Bevölkerung hinwirken, denkt man nur an die Palette von Büchern, Filmen etc., die Krieg, Waffen und alles was damit zu tun hat nicht nur verharmlosen, sondern systematisch *heroisieren.*

Können sich solche Publikationen auch immer noch auf die fadenscheinige Entschuldigung zurückziehen, es sei ja doch nur alles Spiel oder Fiktion, so entfällt auch dieser Vorwand, wenn man eine weitere Komponente der schleichenden Militarisierung berücksichtigt, die gerade in der BRD in letzter Zeit zunehmend an Bedeutung gewinnt und die bislang nur wenig Beachtung fand, nämlich die *Rüstungswerbung.* Hier werden von der Rüstungsindustrie ganz bewußt die Methoden der Werbepsychologie ins Feld geführt, um die Bevölkerung die Hintergründe der Waffenproduktion vergessen zu machen und ein aufrüstungsfreundliches Bewußtsein zu schaffen.

Eine Hamburger Forschergruppe, die sich mit diesem Thema näher befaßte (1), stellte fest, daß die Zahl der rüstungstechnichen und militärpolitischen Periodika in der BRD gegenwärtig bereits bei über 1 Million Exemplaren liegt, wobei die unzähligen waffentechnischen Jahrbücher und Militaria noch nicht berücksichtigt sind, die genau wie die Fachzeitschriften fast an jedem Kiosk erhältlich sind. Die meisten dieser Journale enthalten großartig aufgemachte, zum Teil sehr kostpielige Anzeigenwerbung, in der die Rüstungsunternehmen mit Farbtiefdruck und ästhetisierenden Fototechniken ihre spitzentechnologischen Rüstungsgüter anpreisen. Dem Betrachter wird der Eindruck von Faszination und ‚Schönheit' dieser Waffen suggeriert, von ihrem Gebrauchswert und ihrem Verwendungszusammenhang, nämlich der Vernichtung von Menschenleben, wird jedoch gänzlich abgelenkt.

In dieser Public-Relation-Offensive, die nach Schätzungen der Hamburger Autorengruppe ca. 12 Millionen DM jährlich verschlingt, kommen vor allem zwei Absichten der Rüstungsindustrie zum Ausdruck:

Modenschau im Faschisten-Look

Erich Kästner

KENNST DU DAS LAND,
WO DIE KANONEN BLÜHN?

Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!
Dort stehn die Prokuristen stolz und kühn
in den Büros, als wären es Kasernen.

Dort wachsen unterm Schlips Gefreitenknöpfe.
Und unsichtbare Helme trägt man dort.
Gesichter hat man dort, doch keine Köpfe.
Und wer zu Bett geht, pflanzt sich auch schon fort.

Wenn dort ein Vorgesetzter etwas will
– und es ist sein Beruf etwas zu wollen –
steht der Verstand erst stramm und zweitens still.
Die Augen rechts! Und mit dem Rückgrat rollen!

Die Kinder kommen dort mit kleinen Sporen
und mit gezognem Scheitel auf die Welt.
Dort wird man nicht als Zivilist geboren.
Dort wird befördert, wer die Schnauze hält.

Kennst Du das Land? Es könnte glücklich sein.
Es könnte glücklich sein und glücklich machen!
Dort gibt es Äcker, Kohle, Stahl und Stein
und Fleiß und Kraft und andre schöne Sachen.

Selbst Geist und Güte gibt's dort dann und wann!
Und wahres Heldentum. Doch nicht bei vielen.
Dort steckt ein Kind in jedem zweiten Mann.
Das will mit Bleisoldaten spielen.

Dort reift die Freiheit nicht. Dort bleibt sie grün.
Was man auch baut, – es werden stets Kasernen.
Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!

– zum einen soll der Werbefeldzug kurzfristig mit dazu beitragen, die noch vorhandenen Beschränkungen für den Export von Waffen aus der BRD (Kriegswaffen-Kontroll-Gesetz) zu beseitigen. Der in vielen Anzeigen enthaltene demonstrative Hinweis auf die internationalen Verkaufserfolge soll die ‚Beliebtheit' westdeutscher Waffen in aller Welt dokumentieren und somit den Legitimationsdruck auf die Regierung als rüstungspolitischen Entscheidungsträger verstärken;
– zum anderen versprechen sich die Unternehmen längerfristig von einer Ausweitung ihrer Öffentlichkeitsarbeit vor allem eine umfassende Beeinflussung des rüstungspolitischen Klimas, denn insoweit es ihnen gelingt, sich in der Öffentlichkeit als einziger und unverzichtbarer ‚Friedensgarant' zu profilieren und über den Gebrauchswert ihrer Erzeugnisse hinwegzutäuschen, sind entsprechend günstige Voraussetzungen für eine die Rüstung bevorzugende Prioritätensetzung in der Politik gewschaffen. Das rüstungsfreundliche Bewußtsein der Bevölkerung muß deshalb systematisch gefördert und gepflegt werden.

Es nutzt wenig, über die Unmoral solcher Praktiken in der BRD und in anderen Ländern zu lamentieren, denn – machen wir uns nichts vor – sie entsprechen der Logik des Systems. Gegenöffentlichkeit und ‚Gegenbewußtsein' zu schaffen ist wohl ein erster, aber sicher nicht der einzige notwendige Schritt zu einer Veränderung.

Dorothee Kayser

(1) Militärpolitik Dokumentation Heft 9/10 '78, Rüstungswerbung in der Bundesrepublik.

ABRÜSTUNGSINITATIVEN

Wer sich gegen Rüstung und Militär ausspricht und für diese Überzeugung in aller Öffentlichkeit engagiert, läuft in der Bundesrepublik noch heute Gefahr, ins gesellschaftliche Aus zu geraten und als Kommunist verschrien zu werden. Zwar gibt es seit den Ostermärschen der 50er Jahre eine weiterhin lebendige aktive antimilitaristische Tradition und Bewegung – aber ohne Widerhall in der ‚etablierten' Öffentlichkeit der Massenmedien und gesellschaftlichen Institutionen. Diese Tabuisierung des Antimiltarismus scheint in jüngster Zeit etwas aufgeweicht zu werden. Das mag mit der stärker werdenden internationalen Rolle der Bundesrepublik durch den Eintritt in die UNO und als wirtschaftlicher Faktor zusammenhängen, wodurch auch der Zusammenhang Rüstung und Unterentwicklung ins Blickfeld gerät. Man kann aber auch einen Zusammenhang herstellen zwischen den enormen Rüstungsanstrengungen der BRD in den letzten Jahren – erstaunlicherweise gerade unter sozialliberalen Reigerungen – und dem Entstehen ‚etablierter' Abrüstungsinitiativen wie der sozialdemokratischen. Sie gerät in den Verdacht, nur dazu zu dienen, das stärker werdende antimilitaristische Bewußtsein und Engagement der politischen Linken in der Bundesrepublik zu kanalisieren und zu entschärfen. – Ohne diesen Verdacht zu verdrängen, sollte man das neu erwachende Interesse von Kirchen, Gewerkschaften und Parteien an Fragen der Abrüstung stärken und nutzen, um dem Antimilitarismus aus der ihm verordneten jugendbewegten, idealistischen Ecke herauszuhelfen und ihm damit im öffentlichen Bewußtsein den entscheidenden Rang zu geben, den er entsprechend der Bedeutung von Rüstung und Militär für Wirtschaft und Politik tatsächlich hat.
Im folgenden sollen einige der jüngst entstandenen Initiativen kurz vorgestellt werden:

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Beendet das Wettrüsten!

Die Einstellung des Wettrüstens ist dringlichstes Gebot unserer Zeit. Auf allen Kontinenten drängen Millionen von Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen ode oder religiösen Überzeugungen, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Politiker und Wissenschaftler auf seine Beendigung. Sie fordern, mit der Abrüstung zu beginnen, damit die Menschheit ihre dringenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben bewältigen kann.

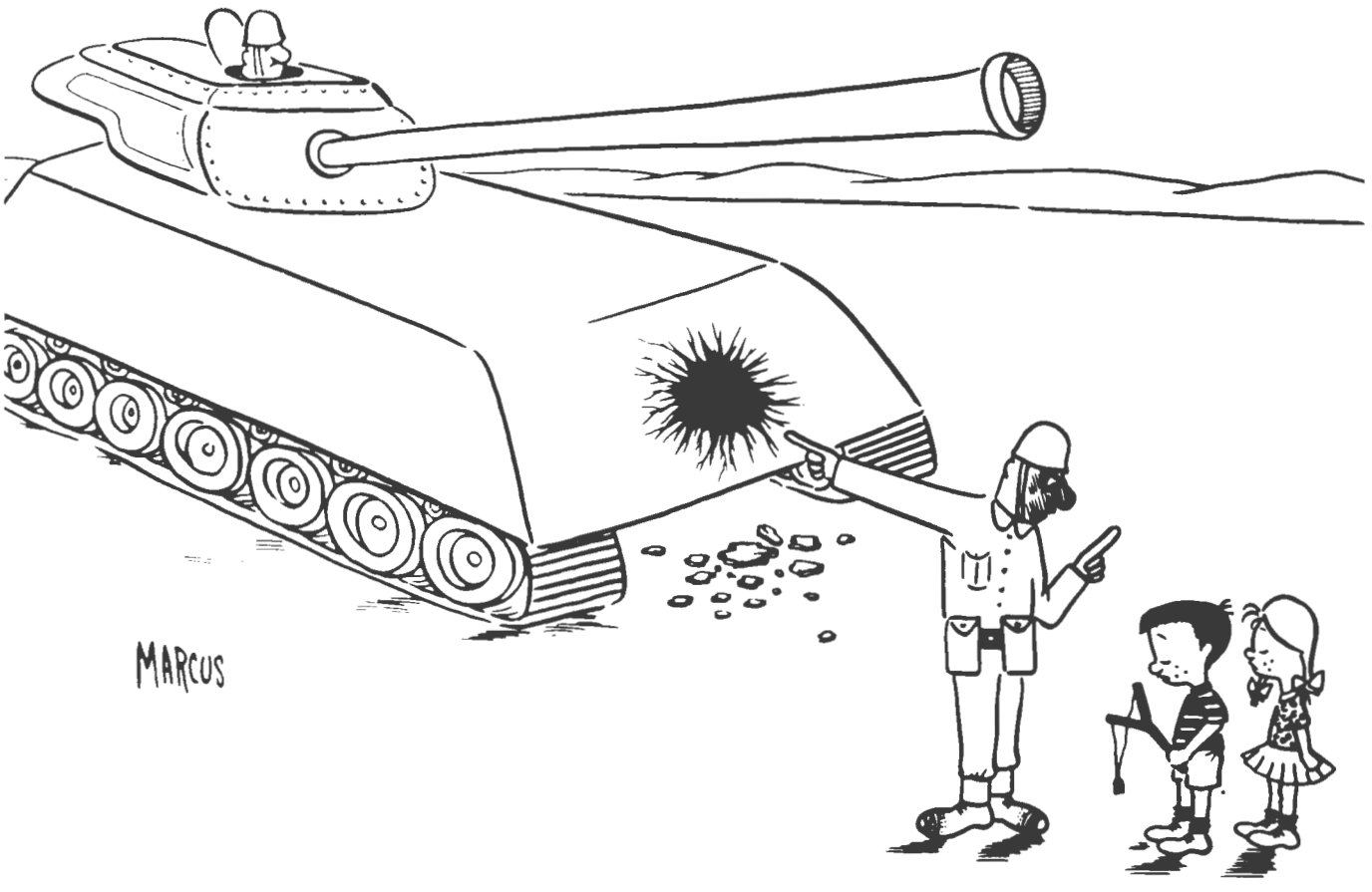
Denn das Wettrüsten schafft keine Sicherheit, sondern bedroht den Weltfrieden und gefährdet Entspannung und Verständigung.

Es verhindert soziale Sicherheit, Reformen und einen wirksamen Kampf gegen Hunger, Elend, Krankheit und Armut.

Niemand kann sich auf Dauer die Fortsetzung des Wettrüstens leisten. Unsere Welt braucht ein Gleichgewicht des Vertrauens und nicht des Schreckens, braucht Zusammenarbeit und nicht Konfrontation.

Neue Möglichkeiten sind entstanden.

- Die gesamteuropäische Konferenz von Helsinki und die Verträge zwischen Ost und West zeigen, daß man sich trotz unterschiedlicher politischer Positionen über wichtige Fragen einigen kann.
  Ab 15. Juni 1977 beraten in Belgrad Vertreter der 36 Signatarstaaten der KSZE in Helsinki, wie der Entspannungsprozeß jetzt gefestigt und fortgesetzt werden kann.



- Zwischen den USA und der UdSSR wurden ein Abkommen über die Verhütung eines Atomkrieges und erste Vereinbarungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung getroffen. Sie erklären, daß es im Atomzeitalter keine Alternative zur friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zueinander geben kann.
- Die überwältigende Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen fordert, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen, den Waffenexport zu stoppen und die Herstellung neuer Massenvernichtungswaffen, den militärischen Mißbrauch der Umwelt, alle Atomwaffentests und die chemischen Waffen zu verbieten. Sie fordert, daß die großen Militärmächte ihren Rüstungsetat um zehn Prozent senken und die freiwerdenden Gelder für soziale Reformen und den Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt einsetzen.
- In Wien verhandeln 19 Staaten aus Ost und West über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa. Es ist vorgeschlagen, daß alle Staaten zunächst für die Dauer der Verhandlungen ihre Rüstungshaushalte nicht erhöhen.

Alle bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß Übereinkommen möglich sind, wenn keine einseitigen Vorleistungen verlangt und die Fragen in den Vordergrund gestellt werden, die im allseitigen Interesse liegen und lösbar sind.

Unser Land kann durch Entspannung und Abrüstung nur gewinnen. Es steht vor der Entscheidung:

- entweder werden die Rüstungsausgaben eingefroren oder Inflation und Haushaltskrise verschärfen sich;
- entweder werden mit eingesparten Rüstungsgeldern neue Arbeitsplätze geschaffen, demokratische Reformen ermöglicht, mehr soziale Sicherheit gewährleistet, der Umweltschutz, das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen verbessert oder die dafür benötigten Steuergelder werden für immer mehr Rüstung und neue Waffensystem vergeudet;
- entweder wird der Wildwuchs der Rüstung beseitigt oder wirtschaftlicher und politischer Machtzuwachs der Rüstungsindustrie und reaktionärer Generale gefährden zunehmend die Demokratie.

Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde erfolgreich eingeleitet. Jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen. Die ungezügelte Fortsetzung des Wettrüstens nutzt allein den Gegnern der Entspannung. Sie nutzt allein denen, die am Wettrüsten verdienen, die deshalb Konfrontation nach innen und außen verschärfen, die alte Vorurteile schüren, mit Feindbildern des Kalten Krieges die Aufrüstung rechtfertigen und damit Frieden, Demokratie und Fortschritt aufhalten.

Wir fordern den Stopp des Wettrüstens:

- **Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte;**
- **einen konstruktiven Beitrag für die Wiener Verhandlungen über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa;**
- **die Rüstung entsprechend den UNO-Resolutionen zunächst um 10 Prozent zu senken, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.**

Wir appellieren an alle Bürger unseres Landes, sich tatkräftig einzusetzen für die Einstellung des Wettrüstens in Ost und West.

Wir rufen auf, dafür einzutreten, daß der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik nicht weiter erhöht wird.

aus: Aufruf zu Kundgebungen im Mai 1977. Büro des Komitees: u.a.v. M. Niemöller, gegr. 1974. Anschrift: Achim Maske, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

Anti-Militarismus-Projekt des Weltrates der Kirchen

„Das Anliegen, für den Frieden zu wirken, Krieg zu verhindern und Abrüstung durchsetzen zu helfen, hat die ökomenische Bewegung seit ihrem Beginn zu Anfang des Jahrhunderts zentral mitbestimmt", stellen die Sprecher des Weltkirchenrates zu Recht fest. Ende 1975 hatte die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) mit ihren 293 Mitgliedskirchen gefordert, „die Gefahren des Militarismus bewußter zu machen und nach kreativen Möglichkeiten der Erziehung zum Frieden zu suchen. . . . Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne Waffen zu leben". Der Auftakt erfolgte 1973, als – so ein Vertreter der nunmehr in den Vordergrund tretenden „traditionellen Friedenskirchen" – „in prophetischem Schwung drei alte Schutzschilde der status-quo-Erhalter zum alten Eisen geworfen (wurden): das Reden von ‚Rüstungskontrolle' – als könne man damit umfassende und vollständige Abrüstung ersetzen –, der isolierte militärtechnologische Ansatz – als könne solches Expertentum die Tatsache verschleiern, daß es um eine Neuorientierung der Weltgesellschaft in ihren Grundwerten geht – und der Götze ‚Staats'- oder ‚Nationale Sicherheit' – als sei nicht längst schon klar, daß man ihn bestens dazu benutzen kann, Kritik und Opposition im eigenen Bereich zum Schweigen zu bringen".

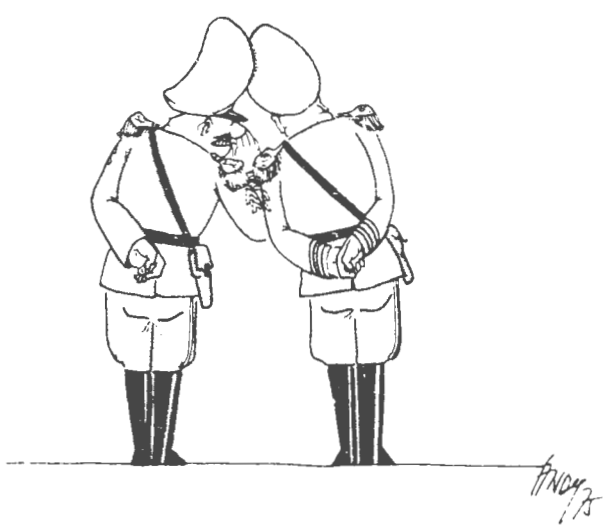
Stärker als früher rückte in Nairobi und in nachfolgend veranstalteten Sitzungen mit Experten in Glion/Schweiz die Verbindung mit der Entwicklungsproblematik, mit der sich in der Zahl der Militärregime (heute mehr als die Hälfte der Staaten der Dritten) Welt ablesbaren Militarisierung in den Vordergrund.

Militarisierung der Dritten Welt heißt nicht nur, daß Soldaten an die Stelle von Entwicklungs-Technokraten treten. Repression mit militärischen Mitteln, Verwendung der Folter und grobe Verletzungen der Menschenrechte sind nunmehr in vielen Regionen zu beklagen. Krieg ist die neuartige Erfahrung der Peripherie: mehr als 10 Millionen Menschen starben in den rund 130 Kriegen seit 1945 in der Dritten Welt. Rüstungslieferungen aus den Industriestaaten bilden „the world's fastest growing business" (Time Magazine), nunmehr mit einem Volumen von 50 Milliarden Mark pro Jahr. Entrüstung über Militärdiktaturen in der Dritten Welt, die der Bevölkerung die Erfüllung von Grundbedürfnissen vorenthalten, bleibt halbherzig ohne die Benennung derjenigen, die sie mit Waffen versorgen. . . .

Die Reaktionen auf die bisherigen Schritte des ÖRK fiel bei den Mitgliedern unterschiedlich aus. Große Kirchen, etwa die amerikanische Lutheraner, engagierten sich mit Nachdruck und benannten zum Beispiel demonstrativ Vertreter kleiner Friedenskirchen als ihre Repräsentanten. In Osteuropa nahm man besonders den Appell zur Abrüstung und De-Militarisierung auf. Die Kirchen in der Bundesrepublik schienen zunächst am liebsten überhaupt nicht reagieren zu wollen. Ein Ausschuß bereitet nunmehr für den Rat der EKD eine Klausurtagung im März 1979 vor, auf der geklärt werden soll, „was das Anti-Militarismus-Projekt für uns bedeutet". Allgemein ist freilich dem Schwung von Nairobi eine gewisse Ernüchterung gefolgt. Aussagen über die Bedrohung des für die Entwicklung so notwendigen Friedens durch fortgesetztes Rüsten oder das beklagenswerte Schicksal eines Volkes unter einer Militärdiktatur sind auch ohne Schwierigkeiten formulierbar. Auch fällt es nicht schwer, die Verbindungen zwischen Nord und Süd in der globalen Militarisierung aufzuzeigen. Ungleich schwieriger ist es, von solchen Erkenntnissen zu einer wirkungsvollen Strategie zu gelangen, einem Anti-Militarismus-Programm, welches seinen Namen zu Recht trägt, weil es Aufrüstung und Militarismus eindämmt.

In der Bundesrepublik hat die Kirche ihre Mitglieder nur unzureichend über das Anti-Militarismus-Projekt informiert. Wer sich für das Programm hat einsetzen wollen, fand kaum Ermutigung durch die Art, wie die Genfer Initiative behandelt worden ist. Nach dem Impuls von Nairobi spontan engagierte Gruppen halten sich mittlerweile mit eigenen Vorschlägen zurück. Die Hoffnung, mit einem solchen Programm die Arbeit der Ökumene zu integrieren, hat somit noch kaum einen Widerhall gefunden. Ulrich Albrecht

aus: Dritte Welt Information, epd 12/78



‚Fürchterlich, letzte Nacht träumte ich, der Weltfriede sei ausgebrochen...'

Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

1. . . . Die Zeit drängt. Wir leben in einer vielfach bedrohten Welt, auch wenn in einigen Regionen, vor allem bei uns in Europa, der Frieden gesichert werden konnte. Allein seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es aber über 150 militärische Auseinandersetzungen mit vielen Millionen Toten gegeben, vor allem in den Ländern der Dritten und Vierten Welt. Im Bereich des Warschauer Paktes und der NATO lagern in der UdSSR und den USA und auch in Europa Zerstörungspotentiale, die – eingesetzt – die Menschheit gleich mehrfach vernichten könnten. Es gibt Fachleute, die warnen uns, daß dieser Fall X zunehmend wahrscheinlich werden könne, falls nicht mehr politische Einsicht um sich greift, politisches Handeln sich grundlegend ändert und die Staatenwelt ernst macht mit der Politik des Verzichts auf Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen. Wir dürfen diese Warnungen nicht überhören, obwohl bisher ein militärischer Konflikt zwischen Ost und West in Europa verhindert werden konnte. Wir müssen durch eigene Initiativen einer Politik der Sicherung des Friedens, der Rüstungskontrolle, der kooperativen Rüstungssteuerung und dem Ziel der Abrüstung zusätzlich Impulse geben.

2. Die sozialliberalen Bundesregierungen haben in den vergangenen Jahren in Europa wichtige Voraussetzungen für einen friedlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen geschaffen. An die Stelle des kalten Krieges trat bei uns mehr und mehr der Wille zum gewaltfreien Nebeneinander und zur Zusammenarbeit. . . . Es gibt zur Zeit im Ost-West-Verhältnis in Europa kein politisches Ziel, das durch den direkten Einsatz, die Androhung oder den Druck militärischer Macht erreichbar ist. Dadurch wurde mehr Zusammenarbeit möglich.

Zur Entspannungspolitik gibt es keine realistische Alternative. Die vielen Krisenherde in der Welt sind ein dramatischer Beweis dafür, daß wir nicht unter zu viel, sondern – etwa im Nahen Osten und in verschiedenen Teilen Afrikas – unter zu wenig Entspannung leiden. Auch die längst überfällig gewordenen rassistischen Regime in Südafrika haben sich als Hindernis für die regionale Ausdehnung der Entspannungspolitik erwiesen. . . .

Der Rüstungswettlauf schafft neue Unsicherheiten und bedroht den Frieden. In einer Zeit, in der jeder Krieg zum Untergang der Menschheit führen kann, wird das Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung zum kategorischen Imperativ. Die Bundesrepublik Deutschland sollte ihrem Willen zur Rüstungskontrolle, kooperativen Rüstungssteuerung und Abrüstung durch die Einrichtung eines Abrüstungsamtes, einen jährlich dem Bundestag vorzulegenden Abrüstungsbericht der Bundesregierung und eine Verstärkung der Friedensforschung und Friedenserziehung Nachdruck verleihen.

3. Das Wettrüsten ist ein weltweites Problem mit spezifischen regionalen Besonderheiten. Über zwei Milliarden DM werden täglich für Rüstungsgüter in aller Welt ausgegeben. Der Anteil der Entwicklungsländer an diesen Aufwendungen ist sprunghaft angestiegen. Deshalb verdient das Problem wachsender Waffenexporte in Entwicklungsländer zunehmend unsere Aufmerksamkeit. Der wachsende Anteil von Rüstungsimporten an den Gesamteinfuhren zahlreicher Länder der Dritten Welt gefährdet Frieden und Entwicklungschancen dieser Länder. Wir werden über die verhängnisvollen Folgen der Verflechtung von Unterentwicklung und Rüstung aufklären. Der Rüstungswettlauf ist eine gigantische Verschwendung der ohnehin knappen materiellen und geistigen Ressourcen, die für den Aufbau einer internationalen Friedensordnung so dringend benötigt werden. Diese Verschwendung verschärft den Konflikt zwischen Satten und Hungrigen und ist damit Teil der großen sozialen Frage unserer Zeit.

Wer am Ziel der Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft festhält, muß Wege zur Beschränkung der Modernisierung

der Waffen in Ost und West und Nord und Süd finden. Jeder Schritt, an welchem Ort auch immer, der hierzu geeignet ist, ohne die äußere Sicherheit zu verletzen, muß daher – wie die Sonderkonferenz der Vereinten Nationen zur Abrüstung und andere Gespräche, Vereinbarungen und Verträge zur Beschränkung von Waffenexporten – unsere uneingeschränkte Unterstützung finden.

4. Die immer schneller wachsenden Rüstungsgüterindustrien in Ost und West fördern Bedrohtheitsgefühle, beleben Feindbilder, belasten die Vertrauensbildung und stellen auch insofern eine erhebliche Gefahr für den Frieden dar. Die legitime Furcht vor Arbeitslosigkeit darf nicht zum Hemmnis der Begrenzung von Verminderung der Rüstungsproduktion werden. Es müssen daher dringend Lösungen für die schwieriger gewordene schrittweise Umstellung von Rüstungsindustrien auf zivile Produktionen erarbeitet werden und gleichzeitig sichere Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden. Wir müssen darauf achten, daß die Herstellung von Rüstungsgütern nicht zu einem entscheidenden Bestandteil unserer Wirtschaftsstruktur wird, wie er es in anderen Staaten bereits geworden ist. Die Beteiligten sollten sich dementsprechend darum bemühen, die Rüstungsexporte auch im Widerspruch zu wirtschaftlichen Einzelinteressen zu beschränken und zu verringern. . . .

8. Die Gefahr einer zunehmenden Weiterverbreitung nuklearer Waffen wächst unaufhörlich. Deshalb muß von den Ländern, die sich Kernenergiekapazität schaffen wollen, und von den Kernenergie exportierenden Ländern verlangt werden, daß sie bereit sind, an der Begrenzung der sich hieraus ergebenden Risiken mitzuwirken.

Wir bitten um Unterstützung all derjenigen, die sich als Christen, Gewerkschafter, Wissenschaftler oder Publizisten gegen Resignation und Trägheit für eine aktive Friedenspolitik einsetzen wollen.

Bonn, im Juli 1978

Auszüge aus der „Plattform".
Adresse: K. Voigt, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

MARKTWIRTSCHAFT

Fürs Vaterland, fürs Vaterland
wurd schon so mancher Mensch
verbrannt
auf dem großen Scheiterhaufen
der Rüstungsindustrie
Krieg? Nie!!
so tönen sie
doch ihr Geschäft muß laufen
ihr Teufelszeug das muß wer kaufen
und möglichst auch probiern
Kriege damit führen
Wers nimmt, wens trifft
ist völlig gleich
macht es die Industrie nur
reich
eine ihrer größten Sorgen
MARKTWIRTSCHAFT FÜR MORD
auch morgen?

Brauchen Sie Granaten?

PRB
bietet Ihnen die größte Munitionsfamilie!

■ Munition für Kanonen, Haubitzen und rückstoßfreie Geschütze mit Kalibern von 75 mm bis 203 mm ■ 60- und 81-mm-Mörser und Munition für 51- bis 107-mm-Mörser ■ Infanterieraketen ■ Flugzeugraketen und Flugzeugraketenstarter ■ Hand- und Gewehrgranaten ■ Schützen- und Panzerminen ■ Leucht- und Nebelmunition ■ Jagdpatronen ■ Militärsprengstoffe und Treibpulver für Infanterie, Artillerie und Raketen ■ Werke und Verfahren

PRB

s a **PRB** Département Défense
Av. de Tervueren 168, B–1150 Brüssel, Belgien
Fernsprecher 762 16 72 und 762 28 96
Fernschreiber 25411 def bru

In 87 Ländern werden Produkte der Abteilung Militärmaterial der PRB verwendet

Wolfgang Borchert

DANN GIBT ES NUR EINS!

Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Mädchen hinterm Ladentisch und Mädchen im Büro. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Granaten füllen und Zielfernrohre für Scharfschützengewehre montieren, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Besitzer der Fabrik. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst statt Puder und Kakao Schießpulver verkaufen, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Dichter in deiner Stube. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Liebeslieder, du sollst Haßlieder singen, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Kapitän auf dem Dampfer. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keinen Weizen mehr fahren – sondern Kanonen und Panzer, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Bomben und Phosphor über die Städte tragen, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Richter im Talar. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst zum Kriegsgericht gehen, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Bahnhof. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst das Signal zur Abfahrt geben für den Munitionszug und für den Truppentransport, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Schneider mit deinem Brett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Uniformen zuschneiden, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Du. Mutter in der Normandie und Mutter in der Ukraine, du Mutter in Frisko und London, du, am Hoangho und am Mississippi, du, Mutter in Neapel und Hamburg und Kairo und Oslo – Mütter in allen Erdteilen, Mütter in der Welt, wenn sie morgen befehlen, ihr sollt Kinder gebären, Krankenschwestern für Kriegslazarette und neue Soldaten für neue Schlachten, Mütter in der Welt, dann gibt es nur eins:

Sagt NEIN! Mütter, sagt NEIN!
Denn, wenn ihr nicht NEIN sagt, wenn IHR nicht nein sagt, Mütter, dann: dann:

In den lärmenden dampfdunstigen Hafenstädten werden die großen Schiffe stöhnend verstum.nen und wie titanische Mammutskadaver wasserleichig träge gegen die toten vereinsamten Kaimauern schwanken, algen-, tang- und muschelüberwest den frühen so schimmernden dröhnenden Leib, friedhöflich fischfaulig duftend, mürbe, siech, gestorben – die Straßenbahnen werden wie sinnlose glanzlose glasäugige Käfige blöde verbeult und abgeblättert neben den verwirrten Stahlskeletten der Drähte und Gleise liegen, hinter morschen dachdurchlöcherten Schuppen, in verlorenen kraterzerrissenen Straßen –
eine schlammgraue dickbreiige bleierne Stille wird sich heranwälzen, gefräßig, wachsend, wird anwachsen in den Schulen und Universitäten und Schauspielhäusern, auf Sport- und Kinderspielplätzen, grausig und gierig, unaufhaltsam –

der sonnige saftige Wein wird an den verfallenen Hängen verfaulen, der Reis wird in der verdorrten Erde vertrocknen, die Kartoffel wird auf den brachliegenden Äckern erfrieren und die Kühe werden ihre totsteifen Beine wie umgekippte Melkschemel in den Himmel strecken –

in den Instituten werden die genialen Erfindungen der großen Ärzte sauer werden, verrotten, pilzig verschimmeln –

in den Küchen, Kammern und Kellern, in den Kühlhäusern und Speichern werden die letzten Säcke Mehl, die letzten Gläser Erdbeeren, Kürbis und Kirschsaft verkommen – das Brot unter den umgestürzten Tischen und auf zersplitterten Tellern grün werden und die ausgelaufene Butter wird stinken wie Schmierseife, das Korn auf den Feldern wird neben verrosteten Pflügen hingesunken sein wie ein erschlagenes Heer, und die qualmenden Ziegelschornsteine, die Essen und die Schlote der stampfenden Fabriken werden, vom ewigen Gras zugedeckt, zerbröckeln – zerbröckeln – zerbröckeln –

dann wird der letzte Mensch, mit zerfetzten Gedärmen und verpesteter Lunge, antwortlos und einsam unter der giftig glühenden Sonne und unter wankenden Gestirnen umherirren, einsam zwischen den unübersehbaren Massengräbern und den kalten Götzen der gigantischen betonklotzigen verödeten Städte, der letzte Mensch, dürr, wahnsinnig, lästernd, klagend – und seine furchtbare Klage: WARUM? wird ungehört in der Steppe verrinnen, durch die geborstenen Ruinen wehen, versickern im Schutt der Kirchen, gegen Hochbunker klatschen, in Blutlachen fallen, ungehört, antwortlos, letzter Tierschrei des letztes Tieres Mensch –
all dieses wird eintreffen. morgen, morgen vielleicht, vielleicht heute nacht schon, vielleicht heute nacht, wenn – – wenn – –

wenn ihr nicht NEIN sagt.

ANTI-MILITARISTISCHE UND PAZIFISTISCHE ORGANISATIONEN IN DER BRD

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) ist die gewerkschaftliche Vertretung der Zivildienstleistenden. Durch den Zusammenschluß möglichst vieler ZDL und durch bundesweite Zusammenarbeit versuchen wir, die Probleme der ZDL einer großen Öffentlichkeit nahezubringen. Durch unseren Streik im Januar 78 gelang es, im großen Rahmen unsere Forderungen nach Abschaffung des Gewissens-TÜV, gegen Kasernierung von ZDL und gegen die schrittweise Einführung des allgemeinen Arbeitsdienstes zu proklamieren. Der bundesweite Kontakt erfolgt durch 3–4 x jährliche Bundesdeligiertenkonferenzen und durch unsere Zeitung „diskofo". Es gibt keine reguläre „Mitgliedschaft", deshalb ist die „SO" abhängig von der Mitarbeit und dem selbständigen Engagement der zivildienstleistenden Kriegsdiensverweigerer.

Neben der gewerkschaftlichen Arbeit führen immer mehr SO-Gruppen anti-militaristische Aktionen durch (Anti-Kriegsspielzeugaktionen, Referate in Schulen usw.) und machen Beratung für Kriegsdienstverweigerer. Zur Zeit gibt es ca. 80–100 Gruppen im ganzen Bundesgebiet.

Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) ist eine unabhängige Vereinigung von Menschen verschiedener Weltanschauungen und unterschiedlicher politischer Auffassungen, die sich einig sind in dem gemeinsamen Ziel, dem Krieg und seiner Vorbereitung jeden Dienst zu verweigern und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Die DFG-VK ist mit 20 000 Mitgliedern die größte Vereinigung von Kriegsdienstgegnern in Europa. In etwa 180 örtlichen Gruppen führt die DFG-VK Beratung für Kriegsdienstverweigerer durch.
(Aus Selbstdarstellungen der DFG-VK)

Die Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste ist ein Zusammenschluß von „Totalverweigerern". Die Mitglieder lehnen auch den Ersatzdienst als ebenfalls kriegsvorbereitenden Zwangsdienst ab. Totalverweigerer wandern regelmäßig ins Gefängnis. Die Gruppe hat im vergangenen Jahr das Buch „Dokumente zum Widerstand gegen die Wehrpflicht" herausgegeben, in dem die Wege verschiedener Totalverweigerer aufgezeigt werden.

Die Zentralstelle für Schutz und Recht der Kriegsdienstverweigerer ist ein Dachverband verschiedener Institutionen und Organisationen, die mit Fragen der Kriegsdienstverweigerung befaßt sind. Ihre Aufgabe ist die juristische Wahrung und Durchsetzung des Verweigerungsrechtes. Die Zentralstelle verfolgt die Praxis der Prüfungsgremien und schreitet bei ihr bekannt werdenden Mißständen ein. Außerdem verschickt sie Infos über die neuesten Entwicklungen im Kriegsdienstverweigerungs-Recht.

Die Arbeitskreise Demokratischer Soldaten (ADS) sind Zusammenschlüsse von politisch aktiven Soldaten, die 1974 die Studie „Soldat '74" veröffentlicht haben. Darin werden Forderungen zur Verbesserung der Situation der Wehrpflichtigen aufgestellt. Diese reichen von „Niedrigeren Kantinenpreisen" über Forderungen nach mehr Demokratie in den Kasernen bis zu Abrüstungsforderungen.

Anschriften:

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden
– Bundeszentrale –
Hochstraße 56
6000 Frankfurt/M 1

Redaktion ‚diskofo'
c/o Henner Schmude
Hallerstr. 4
8500 Nürnberg

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte Kriegsdienstgegner
– Bundesgeschäftsstelle –
Rellinghauser Str. 214
4300 Essen 1

Gruppe Kollektiver Gewaltfreier
Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste
c/o Dieter Schöffmann
Zülpicher Str. 234
5000 Köln 41

Zentralstelle für Recht und Schutz
der Kriegsdienstverweigerer aus
Gewissensgründen
Donandtstr. 4
2800 Bremen 1

Die Adressen von ADS-Gruppen können erfragt werden bei den Bundeszentralen der SOdZL und der DFG-VK

Zu guterletzt sei hier noch auf die Zeitschrift *„Anti-Militarismus Information"* (ami) hingewiesen, die ein Muß für jeden Kriegsdienstgegner und Antimilitaristen ist. Die ami erscheint monatlich. Jedes 4. Heft ist ein Themenheft. Die anderen Hefte ergeben nach und nach ein antimilitaristisches Nachschlagewerk. Infos und Probeexemplare bei:
Brigitta Gründing
Nördl. Auffahrtallee 20
8000 München 19

Hans-Detlef Kunst
Grumbrachtstr. 59
2100 Hamburg 90

Detlef Kunst (SOdZDL) Harburg

LITERATUR

Die folgenden Literaturangaben sollen als erste Hinweise für mögliche vertiefende Lektüre dienen:

a) Rüstungsproduktion und Gesellschaft in den Industrieländern

1. Albrecht/Lcok/Wulf, **Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor fal**
   Warnung vor falschen Hoffnungen, Reinbek 1978, rororo-aktuell Band 4266, Preis: DM 7,80

   Die Autoren beschäftigen sich ausführlich mit dem in der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation zugkräftigsten Argument der Rüstungslobby für die Ausweitung von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten. Durch statistisches Material und einige Fallstudien wird das Argument der Arbeitsplatzschaffung durch Rüstungsproduktion nachhaltig in Frage gestellt. Gleichzeitig enthält das Buch die zur Zeit mit Abstand umfassendste empirische Material über Rüstungsproduktion und Rüstungsexport der BRD. Kurzbibliographie vorhanden.

2. A. Kötter-Schütz, **Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Rüstungswirtschaft in der BRD,** Unterrichtseinheit für das 9. Schuljahr, Hamburg 1978, (Bezug: Friedenspolitische Studiengesellschaft, Admiralitätsstr. 71, 2000 Hamburg 11), DM 6,–

   Diese im Rahmen einer Staatsarbeit entwickelte und erprobte Unterrichtseinheit zeigt an Hand umfangreicher Materialien und didaktischer Hilfsmittel die Ursachen und Konsequenzen der Rüstungsproduktion in der BRD in leicht verständlicher Weise auf.

3. **Rüstungskonversion,** Zur Umstellung von Rüstungskapazitäten auf zivile Nutzung, ami Heft 2/78 (Bezug siehe unten) Preis 1,30 DM

   Sonderheft der antimilitarismus-information, das sich mit den Problemen und Möglichkeiten der Rüstungskonversion beschäftigt. Das Heft enthält neben einer Reihe von Beiträgen über deutsche und englische Erfahrungen und Projekte eine Reihe weiterer Hinweise für Informationsmöglichkeiten.

4. **Forschungsführer, Militär und Rüstungsindustrie,** in: Technologie und Politik Band 4, Reinbek 1976, rororo aktuell 1945, DM 6,80

   Dieser von einer Friedensforschergruppe zusammengestellte Literatur- und Forschungsführer enthält bewertende Hinweise auf eine große Zahl von Publikationen und Informationsmöglichkeiten über Rüstungsindustrie, Militär, Rüstungsexporte, Militarismus und einzelne Spezialfragen. Von Interesse für den Einstieg in empirisches und theoretisches Arbeiten über diese Fragekomplexe.

b) Rüstungstransfers

5. P. Lock/H. Wulf, **Militarismus. Auswirkungen militärisch bedingten Technologietransfers auf die Entwicklung in der Peripherie,** in: Internationale Entwicklung, Heft I/II, 1978

   Dieser Artikel verdeutlicht den Stand der internationalen Diskussion über die Auswirkungen verschiedener Formen des Transfers von Rüstungstechnologie auf die Möglichkeiten zur Entwicklung in der Dritten Welt. Die Zeitschrift Internationale Entwicklung ist in Bibiliotheken mit Dritte Welt Bezug vorhanden.

6. SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) **Yearbook on armaments and disarments,** jährlich

   Das SIPRI-Jahrbuch ist die – trotz einer Reihe von Unzulänglichkeiten in der Datenerfassung – beste Quelle für statistische Daten im Bereich Rüstungsexporte. Da das Jahrbuch auch wichtige Beiträge zu wechselnden Themen im Bereich Rüstung und Abrüstung enthält, sollte es als wichtigste jährliche Publikation im Bereich Rüstung in allen Bibliotheken vorhanden sein. Falls nicht – hier läßt sich die Forderung nach Anschaffung leicht begründen.

c) Militarisierung und Unterentwicklung in der Dritten Welt

7. Albrecht/Ernst/Lock/Wulf, **Rüstung und Unterentwicklung, Reinbek 1976, ror**
   lung, Reinbek 1976, rororo aktuell 4004, DM 7,80

   Zeigt an Hand von drei Fallstudien (Iran, Indien, Griechenland/Türkei) die Mechanismen der Verursachung von Unterentwicklung und Militarismus durch Aufrüstung auf. In den Einführungskapiteln werden diese Mechanismen in einen größeren theoretischen Zusammenhang eingeordnet. Ausführliche Bibliographie.

8. **Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs.** Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Sondervollversammlung über Abrüstung im Mai 1978, Militärpolitik-Dokumentation Heft 8, (Bezug siehe unten), DM 5,–

   Begründung der UNO-Expertenkommission warum sie die Auswürkungen des Wettrüstens für „außerordentlich schädlich" hält. Als UNO-Studie hat dieses Dokument hohen legitimatorischen Wert. Die deutsche Ausgabe ist um einen statistischen Teil ergänzt.

PERIODIKA

Friedensanalysen für Theorie und Praxis, erscheint vierteljährlich im Suhrkamp-Verlag. Der Schwerpunkt liegt bei verschiedenen Themen der Friedensforschung

antimilitarismus-informationen (Vertrieb: B. Gründling, Nördl. Auffahrtsallee 20, 8000 München 19), monatlich bringen Berichte und Analysen zu Militarismus in der BRD und anderswo und Aktionen dagegen (Normalabo: 19,50 DM jährlich)

Militärpolitik-Dokumentation (Bezug: Alektor-Verlag, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1) erscheint 6-8 mal jährlich mit Schwerpunktheften. Der Bezug des Abonnements (DM 30,–, Auszubildende DM 20,–) ist für den am Bereich Rüstung und Militarismus näher Beschäftigten unerläßlich, ansonsten interessieren einzelne Schwerpunkthefte besonders.

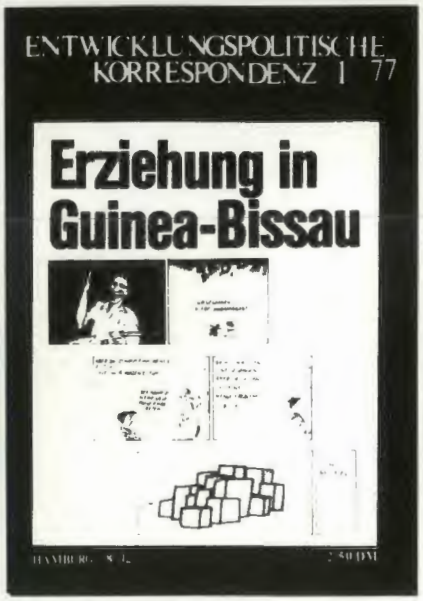
Seit Herbst 1978 hat die **epd-Entwicklungspolitik** einen Schwerpunkt Militarismus in jedem Heft. Hier wird in Form von Meldungen und ausführlichen Analysen die Information aus der Tagespresse ergänzt. (Bezug: Freidrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt, Abo: 37,20, Schüler und Studenten 20 % weniger)

TEEZEIT

Diu spielte vor dem Haus mit dem Kettenpanzer aus Blech. Den hatte der Großvater ihm aus der Stadt mitgebracht. Die Mutter war ärgerlich darüber gewesen.
„Hoffentlich geht das Ding bald kaputt!" hatte sie gesagt.
Jetzt hörte Diu sie drinnen im Haus rufen: „Um diese Zeit kommen die Flugzeuge immer! Ich mache jetzt kein Feuer!"
„Sie fliegen den Fluß hinauf", sagte der Vater. „Um unser Dorf kümmern sie sich gar nicht. Koch Tee!"
„Das kleine Rauchwölkchen über unserem Dach sehen sie doch nicht!" rief der Großvater. „Ich bin müde, ich habe Durst."
„Etwas kalter Tee ist noch da", sagte die Mutter.
„Wir wollen keinen kalten Tee, wir wollen, daß du uns jetzt Tee kochst, daß du Feuer machst und Tee kochst, damit wir wieder an die Arbeit können", sagte der Vater.
Dann kam er heraus. Er setzte sich auf den leeren Benzinkanister neben dem Schuppen und stopfte seine Pfeife. Auch Son kam heraus, Dius großer Bruder.
„Überall ist Krieg, sogar im Haus", murmelte Son. Er konnte keinen Streit ertragen. „Son ist sanftmütig", hatte die Mutter einmal von ihm gesagt. Diu fand, daß ‚sanftmütig' ein schönes Wort sei.
Die Mutter war nicht ‚sanftmütig'. Sie klapperte jetzt laut mit Töpfen und Blechtassen, und Diu hörte, wie sie die Herdklappe aufriß, wie sie Reisig und Holz zerbrach.
Zwischendurch kam sie an die Tür.
„Du bist doch auf der anderen Seite vom Fluß gewesen!" rief sie dem Vater zu. „Du hast doch die Dörfer dort gesehen!"
Der Vater rauchte und antwortete ihr nicht.
Son saß an der Schuppenwand. Auch er stopfte seine Pfeife.
Der Großvater lehnte am Türpfosten. Die kleinen Mädchen kamen jetzt auch heraus. Sie setzten sich auf die Türschwelle und blinzelten in die Sonne.
Diu legte einen Ast vor seinen Kettenpanzer und ließ ihn darüberfahren.
Da hörte er die Flugzeuge.
Immer war es zuerst nur ein ruhiges, tiefes Brumme. Es kam in Wellen, einmal lauter, einmal leister. Dann wurde ein gleichmäßiges, hartes Dröhnen daraus. Das war plötzlich überall in der Luft, man hörte nicht mehr aus welcher Richtung es kam.
Diu hob den Kopf und sah den Vater an.
Auch Son sah den Vater an. Er stand sogar auf und ging einen Schritt auf das Haus zu. Aber der Vater schüttelte den Kopf. Er zog an seiner Pfeife und starrte auf das Gras vor seinen Füßen.
Die kleinen Mädchen liefen ins Haus.
Son setzte sich wieder, langsam, mit zurückgelegtem Kopf. Der Rauch über dem Dach stieg steil in den Himmel.
Das Motorengedröhn war jetzt wie ein Sturm, wie ein wildes Brüllen.
Etwas schlug Diu in den Rücken.
Als er wieder aufwachte, waren die Flugzeuge weg. Der Vater und der Großvater knieten bei ihm.
„Steh auf, Diu, steh auf!" flüsterte der Vater. „Son ist tot, sie haben geschossen! Steh auf! Kannst du nicht aufstehen?"
Diu wollte die Beine anziehen und aufstehen. Er sah seine Beine und Füße, aber er fühlte sie nicht mehr, er konnte sie nicht bewegen.
Im Haus weinten die kleinen Mädchen.
Die Mutter hockte an der Schuppenwand. Son lag dort, ganz verrenkt lag er da. Er hielt die Pfeife in der Hand. Der Tabak qualmte noch. Wie konnte Son tot sein?
Plötzlich fühlte Diu den schrecklichen Schmerz in seinem Rükken.
Diu konnte nie wieder laufen.

Aus: Ursula Wölfel, die grauen und die grünen Felder, Neunkirchen 1970, Aurich Verlag

EPK



1/77 – Bildungspolitik in einer revolutionären Situation – Comic zur Geschichte der Bildungssituation von Guinea-Bissau: koloniale Belange und Entfremdung, Identität und das Problem der Elite. Als didaktisches Medium hervorragend geeignet

• NOCH ERHÄLTLICH •

EPK 3/75 Christen in der Dritten Welt – Schwarze Theologie, Biblische Grundlage der Apartheid. Theologie der Befreiung. ... (26 S. 2,00 DM)

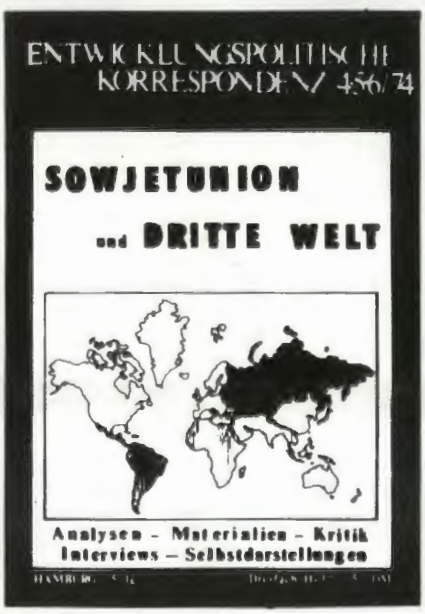
EPK 5-6/75 Öl und Weltwirtschaft – „Ölkrise" – Ursache der Weltwirtschaftskrise? Rolle der Ölmultis ... (68 S. 3,50 DM)

EPK 5/76 Habitat – Probleme menschlichen Wohnens. (32 S. 2,50 DM)

EPK 1/78 Welternährung – westliche Mythen und angebliche agrartechnologische Sachzwänge. Dokumentation einer dependenten Diskussion

2/77 – Vorkoloniale und koloniale Geschichte Gambias – Bevölkerung, Siedlungsstruktur, Urbanisierung – Weiße Industrie am Gambia: Tourismus – Probleme eines kleinen Landes: regionale Integration? – „Progress, Peace, Prosperity", gambische Wirtschaftspolitik

3/77 – Flüchtlinge, internationales Recht, internationale Organisationen – Afrika: Ursachen und Folgen – Palästina: Flüchtlinge oder Palästinenser? – Chilenische Flüchtlingsbiographie – Asylpraxis in der BRD – Adressen und Hilfen



EPK 4/5/6 74 RGW-Länder und Dritte Welt, SU und Indien, Imperialismustheorie, Militärhilfe, Kubanisches Modell ... (84 S. Sonderpreis 3,00 DM)

4/77 – Vom Königreich Kongo bis zur Kolonie Belgisch-Kongo – Entstehende Klassengesellschaft und antikolonialer Widerstand – Ende der Kolonialherrschaft und Kampf um die Zukunft des Kongo – Wirtschaft und Außenpolitik Zaires – Die Opposition gegen Mobutu

Sonderdrucke der »blätter des iz3w«*

* Die „blätter des informationszentrums dritte welt"

- ♦ berichten über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
- ♦ geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

Die THEMENSCHWERPUNKTE einzelner Nummern sind nun als preiswerte SONDERDRUCKE erhältlich. Diese Sonderdrucke sind vor allen Dingen für finanziell schwache Gruppen, Seminare, Schüler, Studenten ect. gedacht. Die Sonderdrucke können im Unterricht, in Seminaren und in Dritte-Welt-Veranstaltungen Verwendung finden.
Folgende Sonderdrucke der „blätter des iz3w" sind bis jetzt erhältlich:

Folgende Sonderdrucke sind inzwischen erschienen:

Titel	Einzelpreis
• Welthandelskonferenz IV (1976: Veränderungen für die Dritte Welt?	1,00
• VR China: Modell für die Dritte Welt?	1,00
• Frauen in der Dritten Welt (Broschüre)	1,70
• Ägypten: Experimentierfeld für Technologische Großprojekte	0,50
• Landwirtschaft in der Dritten Welt Teil 1: Hunger aufgrund kapitalistischer Unterwerfung	1,00
Teil 2: Strategien zur Überwindung des Hungers	1,00
• Indien: Ursachen und Formen des Elends der indischen Bauernbevölkerung	1,00
• Argentinien: Unterdrückung und Widerstand – der politische Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft	0,50
• Energieversorgung der Dritten Welt	1,00
• Chile-Faschismus im fünften Jahr	0,50

blätter des informationszentrums dritte welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg

IKA Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch IKA Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch

Heft Nr. 12 (Dezember 1978)

ARS ARABICA – zu einer Ausstellung und Diskussion des Bundes arabischer Künstler in der BRD und West Berlin.
Interview mit dem syrischen Maler Burhan Karkutli.
Arabi, der Unterdrückte.
Kurzgeschichte aus dem besetzten Palästina.
30 Jahre Palästinafrage im Film.
Die libanesische Volkshilfe SPL.
Neue türkische Literatur in deutscher Sprache.
Eritrea 1978 – Fotoreportage von einem Besuch bei der EPLF.
Noch eine Diktatur im lateinamerikanischen Roman – „Te dio miedo la sangre" von Sergio Ramirez.
Sandino, der General der Freien – cubanischer Kindercomic zur Geschichte der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas.
Geschichte der deutsch-chilenischen Beziehungen (Teil II).
Die baskische Musikgruppe Oskorri auf Tournee in der BRD.

Einzelpreis DM 3,00, Abonnement (4 Nummern) 10,– DM, (+ Versandkosten)
Bestellungen: VIK Literaturvertrieb, Schwarzgasse 16, 62 Wiesbaden

---

Multis & 3. Welt...Projektgruppe Multis & 3. Welt..

Wir versuchen ein Archiv über Multinationale Konzerne aufzubauen. Wir archivieren Zeitungsartikel, Material von 3. Weltgruppen, etc. Außerdem besitzen wir eine Firmenkartei mit z.Zt. 6200 Firmen und einiges an Literatur zu unserem Thema.
Wir bieten Euch an:

- Informationen Über Multinationale Konzerne, deutsche Firmen, etc...
- Informationen über die ökonomische Situation von 3. Weltländern
- Informationen über Rohstoffe/Nahrungsmittel
- Informationen über den Internationalen Währungsfond/Weltbank

Anfrage An: Projektgruppe Multis & 3. Welt
c/o Christian Uecker
Grindelallee1, 2 Hamburg 13
Kosten: 4 DM in Briefmarken, bitte bei der Anfrage beilegen

MILITÄRPOLITIK DOKUMENTATION Nr.9/10'78
Rüstungswerbung in der Bundesrepublik
ALEKTOR-VERLAG, Kniebisstr.29, 7 Stuttgart 1
Einzel-/Doppelheft DM 5/10; Abo DM 30/20

FRIEDENSPOLITISCHE STUDIENGESELLSCHAFT e.V.
Admiralitätsstr.71, 2000 Hamburg 11
ab 15.4.79: Nernstweg/Gaußstr.2 Hamburg 50

MILITÄR-u.FRIEDENSPOLITISCHER PRESSESPIEGEL
wöchentlich; DM 15/12 pro Monat; Abo DM 162